

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Wittwoch, den 6. März 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Diplomatenleere.

Der Scherzhaft gemeinte, aber unbewußt hart satirische Ausdruck des Reichstags-Präsidenten Grafen Vallaschewski: die Regierung hat immer Vernunft, scheint auf den derzeitigen Reichskanzler einen tiefen Eindruck gemacht zu haben. Graf Bülow mag sich deshalb vorgenommen zu haben, bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit dem Reichstage und dem Volke seinerseits zu bestätigen, daß der Reichstags-Präsident eine durchaus richtige Bemerkung geäußert habe. Nur übersteht der Graf Bülow, daß es ein andres ist, wenn ein Dritter von der Regierung diese principiell günstige Voraussetzung hat, ein andres, wenn die Regierung ihrerseits erklärt: wir haben immer Vernunft, die beste und feinste Vernunft, sich aber auf die Hervorhebung dieser bloßen Thatsache beschränkt, ohne es für nötig oder rätlich zu halten, die These im einzelnen zu begründen.

Am Dienstag beschäftigte sich der Reichstag mit dem Etat des Auswärtigen Amtes, und Graf Bülow war gezwungen, über die mehr als dunkle auswärtige Politik Rede zu stehen. Wie stehen wir zu England? Was bedeutet die auffallende Ordens-Auszeichnung des Lord Roberts? Wie ist unser Verhältnis zu Rußland, gegen dessen chinesische Politik wir im Verein mit Japan und England intervenierten? Wie ist die beispiellos scharfe, persönlich zugespitzte handelspolitische Kriegserklärung des russischen Finanzministers Witte gegen die agrarische Politik des Grafen Bülow zu verstehen? Alles das waren verhängnisvolle Fragen, die endlich eine programmatische, zielweisende Verantwortung erheißt hätten.

Unser Reichskanzler und Minister des angenehmen Außern schreckte vor dieser heißen Aufgabe keineswegs zurück. Er weiß Rat und Hilfe in allen diskreten Fragen des Völkerlebens, er läßt die Praxis jener Ärzte, die harmlose Rezepte verschreiben, die allerdings nichts nützen, aber auch nichts schaden. Graf Bülow ist fähig, jederzeit aufs neue das Cumaleins zu erfinden und für die absolute Wahrheit dieses Cumaleins mit Märtyrertod und unbeugbarer Verwegenheit einzustehen.

Man erwartete im Reichstage große Dinge und wichtige Aufklärungen. Es herrschte anfangs eine gespannte Stimmung im Saal, und man hätte eine angeregte Debatte vermuten können. Es kam aber anders. Es wurde immer öder und trostloser. Von der allgemeinen auswärtigen Politik geriet man im zweiten Teil auf die Handelspolitik, in der die Agrarier und sonstigen Schutzzöllner sich ohne Konkurrenz produzierten, und schließlich endigte der „große“ Tag in einer Diskussion über eine kleine Einzelfrage: die Errichtung der Handelskammer im Auslande.

Zunächst richtete Herr Schädlar für die regierende Partei, das Centrum, eine laue Anfrage an den Reichskanzler. Herrn Schädlars Rede war nichts als eine vorweg genommene Billigung der nachfolgenden Erklärung Bülow's. Wenn er hier und da zarte Bedenken geltend machte, so geschah das offenbar nur, um dem Kanzler überhaupt einen Anlaß zu geben, die erhobenen Bedenken zu entkräften. Um die Spannung zu erhöhen, ließ sich der Reichskanzler, der die kleinen Regierkünste in der „Aufmachung“ politischer Aktionen liebt, gleich doppelt befragen. Für die Konservativen erkundigte sich Graf Stollberg nach den tiefen Geheimnissen der auswärtigen Politik. Graf Bülow ließ sich denn auch nicht nötigen: er schüttelte beschwenderisch eine ganze Bombonniere ebenso süßer wie unbedritterer Wahrheiten aus. Zwar unterließ er es, auch nur eine einzige Maßnahme der Regierung zu begründen, geschweige denn daß er den Versuch einer Rechtfertigung unternommen hätte, aber dafür spendete er aus dem Schatz seiner Lebens- und Diplomatenphilosophie die gediegensten ewigen Wahrheiten, als da sind: Deutschland verlangt Gleichberechtigung mit andern Völkern; die Regierung verteidigt immer nur deutsche Interessen; wir sind nicht mehr auf das Ausland angewiesen, als das Ausland auf uns; wir wollen uns unsre Unabhängigkeit bewahren, und dergleichen schöne Gedanken mehr. Feinliche Dinge, wie die Ordensverleihung an Lord Roberts, wurden mit eleganter Handbewegung beiseite geschoben; das sei erstens eine Privatangelegenheit der Krone und habe zweitens keine politische Bedeutung. Ueberhaupt ist das Gerede von der allzu leichtsinnigen Englandfreundschaft gänzlich grundlos. Wir leben in Freundschaft mit England, das ist alles. Die Neutralität im Boerentrieg haben wir selbstverständlich nicht gebrochen. Na, und was die angeblichen Differenzen mit Rußland anlangt, bewahre: So lange Graf Bülow auf seinem Posten bleibt, ist es die Grundlage seiner Politik, mit Rußland gemeinsam vorzugehen, mit dem wir keinerlei Interessengegensätze haben. Also ist alles in Friede und Freundschaft aufs feste geordnet. Die Regierung hat immer Vernunft!

Denken wir uns einen Augenblick, daß man morgen oder übermorgen uns eine neue Flottenvorlage serviert, auf die unsere Flottenlieferanten geräuschlos oder mit großer Energie hinarbeiten, — Graf Bülow wird dann morgen oder übermorgen mit derselben prächtigen Ueberzeugtheit uns von den schwarzen Wollen am Horizont erzählen, wie England uns bedraue und Rußland bloß auf unsre Schwäche lauer, und wie wir mithin lediglich auf uns allein angewiesen seien. Graf Bülow hat immer die Taschen voll leder gefüllter Bombonniere. Er wird niemals verlegen.

Nur in einem Punkte ging der Kanzler von den inhaltslosen Allgemeinheiten zu einer positiven Erklärung über. Der Artikel Wittes gegen die Bülow'sche Wirtschaftspolitik, auf den der Kanzler natürlich als unbedingt höflicher Mann nicht antworten wird, veranlaßte ihn zu einer heißen Liebesbeteuerung für die Agrarier. Die Rechte schrieb deshalb Dr. Bravo, während die übrigen Parteien, auch die sonst so Wälonstreuen, verlegen stumm blieben; so viel nichts-sagende Gemeinplätze statt der Antworten auf bestimmte Fragen hatte man, so anpruchslos man bei uns sonst ist, nicht erwartet. Was sich keine Vollversammlung, für deren geistige Höhe man sich in

gewissen Kreisen gern geringschätzig äußert, sich bieten lassen würde, damit lassen sich die Mehrheitsparteien des hohen Hauses geduldig abspießen: mit der absoluten Diplomatenleere.

Das Votum zur agrarischen Zollerpolitik veranlaßte Richter zu einer kurzen, wirksam pointierten Anfrage über die zukünftige Gestaltung der Handelsverträge. Sofort war der Kanzler bereit, seine bewährten diplomatischen Regeln von der „hohen“ auf die Wirtschaftspolitik zu übertragen. Es gab wieder eine Fülle der edelsten Betrachtungen: Wir vertreten das Wohl des Vaterlands; wir stehen über den Parteien; wir suchen die Interessengegensätze auszugleichen; wir treiben die Politik der „richtigen und gerechten Diagonale“; wir sorgen gleichermaßen für Landwirtschaft, Industrie und Handel, für Produzenten und Konsumenten, für Unternehmer und Arbeiter — „also doch!“ rief man von den socialdemokratischen Seiten dem Mann mit dem allseitig warmen Herzen und dem vom besagten warmen Herzen nicht beeinflussten allseitig kühlen Kopf zu. Und in einer wortspielenden ionischen Entgleisung sagte er seine innere wirtschaftliche Politik in den Ausdrucksformen zusammen: Wir haben das Ganze im Auge und wir gehen aufs Ganze! Im übrigen wiederholt Graf Bülow die Zusage, daß er die landwirtschaftlichen Forderungen erhöhen werde, ohne daß er das leere Rollenschema mit bestimmten Zahlen ausfüllte; über die Höhe der Zollerhöhung habe der Bundesrat noch keinen Beschluß gefaßt.

Mit schärferer Kritik erörterte allein unser Genosse Ledebour in längeren Ausführungen unsre auswärtige Politik. Ledebour beleuchtete die anstößige Neutralitätspolitik Deutschlands, das einerseits zu Gunsten der Engländer demonstriert, andererseits dem Präsidenten der Boeren die Thür weise und nichts thue — wozu es undenkbar seiner Neutralität ein Recht hat — um gegen die inhumane Kriegsführung der Engländer in Transvaal Einspruch zu erheben.

Die übrigen Redner variierten in der Boerenfrage im wesentlichen den kindlichen Satz, daß man in der Politik nicht nach dem Herzen handeln dürfe, nicht nach Sympathien, sondern nach Interessen. Man stellte sich wesentlich auf die Seite des Grafen Bülow, doch nicht allzu eifrig; selbst der Graf Bülow der Nationalliberalen, Herr Boffermann, stichelte ein wenig auf die nicht neuen Selbstverständlichkeiten, die der Kanzler vorgetragen. Nirgend erhob sich die Debatte zu größerer Würde und Wucht. Was die außer dem Hause so rabiaten Englandsfreier der Antifemist Liebermann, der Aldeutsche Gasse und der Agrarier Dertel gegen die deutsche Politik vorbrachten, entsprach in keiner Weise der tief verbitterten und erregten Stimmung des Volks. Die Rücksicht auf die Brotwucherpläne erlaubt den sonst so boerenbegeisterten Parteien der Rechten nicht, auszusprechen, was doch allgemeine Ansicht ist. Das Herz, das für die heldenmütigen Boeren schlägt, weicht auch hier vor dem Kopf zurück, der höhere Ziele zu erstreben strebt. Das ist der deutsche Idealismus!

Der Rest der Sitzung wurde durch eine Agrardebatte angefüllt, in der die konservativen Grafen Rindowström und Ranih, der liberale Freier Herr Hehl zu Hermsheim und der Agrarier Speck sich schützensüchtig begeisterten; der letztgenannte Vertreter des bayerischen Centrums erklärte, den bayerischen Ultramontanen läme es zumeist auf Erhöhung der Zölle auf Gerste und Hafer an; wegen der Zölle auf Roggen und Weizen würde man Konzessionen machen können.

Mit einer öden Auseinandersetzung über die Handelskammern im Auslande schloß die Sitzung, deren Beendigung eine Erlösung war.

Es wäre aber ungerecht, wenn wir nicht schließlich auf das eine neue Moment aufmerksam machen wollten, das der Tag als einzigen Beitrag bot. Graf Bülow hat sich als gelehriger Centrumschüler entpuppt. Er ist bereit, jenen lächerlichen Zeit, mit dem das Centrum die ihm anhängenden Arbeiter über die verächtliche Auslieferung an die Brotwucherer zu täuschen sucht, seinerseits in sein Programm aufzunehmen: Von den den Arbeitern aus den Taschen gezogenen Wucherzöllen soll ein winziger Teil — nämlich der eventuell zu erwartende wesentliche Mehrertrag der Reichseinnahmen aus der Zollerhöhung — in der Form irgend eines Gesezentrags der sozialen Fürsorge zurückgeführt werden. Man raubt ein Goldstück und schenkt dem Verarmten dann als Almosen eine Kupfermünze. Das ist die christlich-konservative Socialreform! Und der Pfennig wird überdies nur in hypothetischer Form versprochen. Denn erstens ist es nicht sicher, ob überhaupt wesentliche Mehrerträge aus der Zollerhöhung zu erwarten sind, und dann scheint es sehr schwierig, überhaupt eine Form für die Verwirklichung jenes Versprechens zu finden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. März.

Abgeordnetenhaus.

Ausnahmsweise früh, bereits am vierten Tage der Beratung des Kultusetats, wurde dem Minister sein Gehalt bewilligt. Der Abg. Porsch (C.) sagte noch einmal die Forderungen des Centrums zusammen und ermahnte das Haus, endlich einig zu sein, um gemeinsam die beiden schlimmsten Geiseln der Menschheit, den Unglauben und den Umsturz, zu bekämpfen. Nachdem verschiedene Redner, insbesondere Abg. Hackenberg (natl.), den Annahmen des Centrums entgegengetreten waren und nachdem auch noch der Pole Dr. v. Nazdzerowski über die aggressive Polenpolitik der Regierung Klage geführt hatte, wurde die Debatte gegen die Stimmen des Centrums geschlossen. Vorher hatte Abg. Dr. Banner (natl.) noch den Minister im Interesse der Gesundheit unsrer Schuljugend ermahnt, das Tragen der Schulbücher unter dem Arm, das

Tragen von Korsetts und Schleppen zu verbieten. Die Regierung erkannte die Klagen als berechtigt an, hielt aber den Erlaß einer allgemeinen Verfügung für schwierig, da die Mütter sich nur schwer entschließen, auf diese Wünsche einzugehen.

Einige weitere Kapitel des Etats wurden nach belangloser Debatte bewilligt. Zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Centrum und Nationalliberalen kam es nur noch bei der Forderung von 6000 Mk. befristeter Errichtung eines Seminars zur Ausbildung altkatholischer Theologen. Die Toleranz, deren sich das Centrum rühmt, geht nicht so weit, daß es Andersgläubigen etwas zukommen läßt, und so wurde denn die Forderung in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 122 Stimmen gestrichen.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Das Centrum und die Erhöhung der Getreidezölle.

Man schreibt uns vom Rhein: In der Brust des Centrums, dieser wunderlichen politischen Erscheinung, wohnen gar viele Seelen: eine höfliche und eine volksfreundliche, eine kapitalistische und eine kleinbürgerliche, eine industriell-städtische und eine agrarische. Aus dem Widerstreit dieser mannigfachen Interessen erklärt sich die schwankende Haltung des Centrums, seine Unberechenbarkeit und Unfallsucht in politischen Fragen. In der nächsten Zeit, wo die Handels- und Zollpolitik zur Erörterung steht, wird der Gegensatz der industriell-städtischen und der agrarischen Strömungen im Centrum vor den andern Meinungs- und Interessenverschiedenheiten innerhalb der Partei überwiegen. Das Centrum verhandelt den weitaus größeren Teil seiner parlamentarischen Siege der bäuerlichen Bevölgerung, seine meisten und sichersten Mandate holt es sich vom Lande. Ist demgegenüber auch die Zahl seiner städtischen Mandate gering, so beruht auf ihnen doch zum guten Teil der große politische und moralische Einfluß, den das Centrum gegenwärtig hat. In unserer Zeit, wo die Arbeiterfrage im Mittelpunkt der öffentlichen Interessen steht, bewertet sich das Ansehen einer Partei nach ihrem Anhang unter der städtischen Arbeiterbevölkerung; mit dem Ansehen des Centrums wäre es vorbei, wenn es aus den Städten verdrängt würde, wenn es seine socialpolitische Glorie einbüßen und sich auf einen bäuerlichen Wahlang beschränken müßte. Das Centrum hat also alle Ursache, sich in gleichem Maße die Gunst seines ländlichen und städtischen Gefolges zu erhalten; was die bäuerlichen Wähler der Partei an quantitativem, das führen die städtischen Arbeiter ihr an qualitativem Wert zu.

Der Gegensatz der städtischen und ländlichen Interessen im Centrum ist schon vor einigen Jahren zum Ausdruck gekommen. Vor und während den Wahlen zum Reichstag im Jahre 1898 gerieten die beiden Richtungen recht lebhaft aneinander. Diese Auseinandersetzung, die sich hier im Westen zwischen der offiziellen Centrumsleitung und den Bauernvereinen vollzog, wurde in der Hauptsache ja hinter den Coulissen geführt, aber man bekam einen genauen Eindruck von der Heftigkeit und der Erbitterung der Auseinandersetzung, wenn man die ultramontanen Vorkämpferungen, namentlich der agrarischen Organe, der „Rheinischen Volksstimme“ und des „Westfalen“ verfolgte.

Die rheinisch-westfälischen Centrumsagrarien verlangten damals nichts weniger als die Aufstellung eigener Kandidaten auf die landwirtschaftlichen Interessen verpflichteten Kandidaten. Am 11. Mai faßte eine allgemeine Versammlung rheinischer Landwirte einstimmig folgenden Beschluß:

„Die allgemeine Versammlung rheinischer Landwirte erachtet nach Lage der Verhältnisse in unsrer Provinz die direkte Vertretung der Leitung des rheinischen Bauernvereins im deutschen Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus als eine Notwendigkeit zur genügenden Wahrung der Standesinteressen der rheinischen Landwirtschaft.“

Und in Westfalen hatte sich bereits ein Wahlkomitee der Centrumslandwirte gebildet, ebenfalls zu dem Zweck, die Aufstellung agrarischer Kandidaten zu betreiben. Die Wahlen zum Reichstag gingen denn auch im Jahre 1898 in vielen Kreisen des Westens unter großer Verwirrung und unter offensichtlicher Enthaltung der agrarischen Wähler vor sich, wovon der Stimmenrückgang des Centrums in zahlreichen Wahlkreisen Zeugnis ablegt. Es haben mannigfache Besprechungen stattgefunden zwischen den leitenden Stellen der verschiedenen Richtungen im ultramontanen Lager, zu denen auch hohe kirchliche Würdenträger zugezogen wurden, und nur mühsam ist damals der offene Bruch verhütet worden. Die Verwirrung erneuerte sich Ende 1898 bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, indem die offizielle Centrumsleitung bei Stichwahlen von der Wahl der konservativen Kandidaten abriet, während die agrarischen Führer sich für die Konservativen entschieden. Damals schrieb die „Rheinische Volksstimme“: „Bei den Stichwahlen also lautete die Parole im Gegensatz zu der Parole der „Rhein. Volksztg.“: Für die Konservativen, gegen den Liberalismus, den nationalmissverlehen und den von der Richter-Ridertischen Couleur.“

Mit der Eingkeit im Centrum war es, wie man sieht, um diese Zeit nicht weit her und sie sollte bald auf eine weitere Probe gestellt werden. Die Flottenvorlage vom Jahre 1898 war im Centrum auf großen Widerstand gestoßen, wobei sich besonders die agrarischen Kreise hervorthaten. Es war klar, daß bei der bald darauf folgenden zweiten Flottenvorlage der Widerstand sich noch entschiedener geltend machen würde. Sollte das Centrum nicht das Bild völliger Zerfahrenheit bieten, wollte es nicht den Ruf seiner Hof- und Regierungsfähigkeit einbüßen, dann mußte es dem agrarischen Unmut ein Opfer bringen, und das geschah, indem es bei Beratung der Flottenvorlage in der Budgetkommission die Regierung „zur nachdrücklichen Wahrung der Interessen der deutschen Landwirtschaft hinsichtlich des Schutzes ihrer Erzeugnisse bei der Ausgestaltung des Zolltarifs und der Handelsverträge“ verpflichtete.

Damit hatte sich das Centrum der agrarischen Reaktion gefügt; die Centrumsbauern haben ihren Widerstand gegen die Flotte fahren lassen und bei der Einmütigkeit und dem Eifer, mit dem die ultramontanen Politiker für die Erhöhung der Lebensmittelpreise eintreten, werden sie wohl keinen Anlaß mehr haben, bei den künftigen Wahlen ihren Plan, eigene Kandidaten aufzustellen, wahr zu machen. Die Centrumsagrarien, die christlichen Bauern in Rheinland und Westfalen wissen zu schreien

gewinns der Neubürger und ihrer großagrarisches Unter-
männer. Ihre arbeitslosen Freunde, deren es nicht wenige sind,
bedanken sich auf diesem Wege bei der Neubürger für ihre
allein daselbstige Leistung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und
wünschen, daß „sie“ ihre sozialpolitische Weisheit für Abhilfe von
Arbeitslosigkeit für sich behalten möge.

Zum Schluss wird dem Centrum ein selbständiges Handeln
der **Christlichen Gewerkschaften** auf wirtschaftlichem und — man
höre — politischem Gebiet angekündigt!

Diese famose Kriegserklärung wurde natürlich nicht über Nacht
gegründet und die Notiz der Neubürger lieferte nur den längst
geleiteten Anlaß. Wie sehr sich die Verhältnisse schon seit
längerer Zeit zuspitzen haben, dafür liefert folgender Vorfall einen
Beweis: in einem katholischen Arbeiterverein dominierte der leitende
Präsident (ein Geistlicher also) ein hervorragendes Mitglied der christlichen
Gewerkschaft mit den Worten nieder: „Ein ganzer Socialdemokrat ist mir
lieber als ein halber.“ Wenn so etwas vorkommen kann, „ja dann
ist's weit gefehlt“, bemerkt wehmütig dazu das christliche Gewerkschaftsorgan und sagt dann weiter:

„Will etwa ein solcher geistlicher Herr von christlicher Arbeiter-
freundschaft reden? Oder harmonisiert eine solche Redensart mit
dem Amt und der Würde der Person? Daher kommt es,
daß, und wir wissen es bestimmt von den orga-
nisierten Mitgliedern aus den Gesellen- und
Arbeitervereinen, vier Fünftel bei den Social-
demokraten und ein Fünftel bei den Christlichen
sind!“

Schließlich wird auch noch den ultramontanen Gemeindevorstehern
in höchst anständiger Weise „klug“ nennt es das christliche Blatt
selbst) die Wahrheit gesagt.

Und die Erkenntnis des Erwachens ihrer bisher getreuen Arbeiter-
schichten ist es, die den ultramontanen Führern viel heimliche Be-
stimmernis schafft. In dieser Situation ist ihnen offensichtlich höchst
unangenehm die rücksichtslose socialdemokratische Agitation gegen den
Brotwucher, die in den nächsten Tagen auch den Münchener Bürger-
frieden überschreiten wird.

Der Konkurs der Grundschuldbank.

Wie sehr wir im Rechte waren, als wir den Konkurs der
Grundschuldbank als für die Besitzer der Obligationen (Grundschuldbriefe)
wünschenswert schon früher bezeichnet und gestern begründet
haben, beweist die Aufnahme der gestern erfolgten Konkursanmeldung
von seiten der Börse; — die Obligationen stiegen um 1/2 Proz.
Das ist ein sehr charakteristischer Vorgang; wenn Gläubigeransprüche an
einen Schuldner bei dessen Konkursanmeldung im Werte steigen,
dann ist wohl der Beweis geliefert, daß der Konkurs im Interesse
der Gläubiger liegt; in dem Fall der Grundschuldbank liegt die
Sache amtl. Befehl ist, die Konkursverwaltung bestellen wollte.
Da man die Liquidatoren nicht als eine Gläubigervertretung, sondern
als Vertreter des Finanzplans ansehen kann, muß jetzt ein gericht-
licher Verwalter bestellt und mit größtem Nachdruck durch Zu-
hilfenahme der Provinzbehörden eine Gläubigerversammlung ohne
die Direktion der hohen Bank berufen werden, um eine Vertretung
der Gläubiger selbst zu schaffen. Diese Gläubiger sind, das muß
immer wieder betont werden, zunächst „keine Leute“ in der Provinz.

Die Provinzpresse hat vor einem Vierteljahr mitgewirkt,
den Plan der hohen Bank einzuleiten in der Meinung, daß
dieser in erster Linie den betrogenen Gläubigern zu
gute komme. Das ist nicht der Fall, wie sich inzwischen heraus-
gestellt hat. Um so entschiedener sollten jetzt alle Provinz-
blätter ihre Leser darauf hinweisen, daß die von der hohen Bank
begünstigten Liquidatoren, die mit 69 000 R. Jahresgehalt angestellt sind,
nicht die veranfaßten Konkursverwalter sind, die jetzt schon eine Ver-
sicherung des Grundschuldbankens in Pausch und Bogen, einen
Zwangvergleich offen betreiben. —

Ausland.

Eine socialistische Gemeinde in Italien.

Ein italienischer Journalist, Adolfo Rossi, einer der Vetter
des monarchistischen „Adriatico“ von Venedig, hat dieser Tage eine
Untersuchung über die Zustände bei den Bauern in der Provinz
Mantua angestellt, unter denen eine Lohnbewegung ausgebrochen ist.
Jene Gegend, sowie die des benachbarten Emilien sind die, in denen
bereits am längsten die sozialistische Propaganda getrieben wird.
Und wer jene Orte betritt, empfängt den Eindruck eines er-
wachenden Kulturlebens; er fühlt sich wie von einer neuen
Luft umweht. In einzelnen Gemeinden haben die Sozialisten die
Leitung bereits übernommen, in anderen sind sie in großer Anzahl
vertreten und ihre Tätigkeit äußert sich hauptsächlich in ökonomischen
Organisationen, die schon große Bedeutung erlangt haben. Der
Redakteur des „Adriatico“ hat sich jenem Eindruck nicht ganz ver-
schließen können. Hier einzelne Züge seines interessanten Berichtes:
In Suzzara (Wahlkreis Gonzaga, dessen Abgeordneter Enrico
Ferrari ist) befindet sich die Administration seit langem in den
Händen der Sozialisten. Der Uebergang der administrativen
Leitung aus den Händen der Gemäßigten (Moderati) in die der
Sozialisten hat nicht nur keine Umwälzung herbeigeführt, sondern
den persönlichen Kämpfen ein Ziel gesetzt, die das Land zerrütten.
Die oppositionellen Parteien hatten die vorige Administration unaufrichtig
zu Verbesserungen in der Gemeinde angetrieben, so daß
Suzzara sich in 20 Jahren völlig umgewandelt hat und ein herr-
liches Rathaus, das grandiosste Hospital der Provinz, viele neue
Häuser und Schulen besitzt. Auch die Industrie ist außer-
ordentlich aufgeblüht. Das Niveau der allgemeinen Bildung ist ein
ziemlich hohes, dank der Scuola di arti e mestieri (Gewerbeschule),
in welcher Kurse über Physik, Chemie, Mechanik, Ackerbau abgehalten
werden.

Auch die konstitutionelle Minderheit stimmt fast immer mit der
socialistischen Mehrheit überein. Die Wahlen gehen nun ohne Um-
stände vor sich. Eine von den Sozialisten eingeführte Reuerung ist
folgende: wenn das Theater geöffnet ist, ersieht der Magistrat für
200 Lire eben so viele Billets und verteilt sie zu 20 bis 25 pro
Abend unter Bauern und Arme. Zum Zweck der Sperrung in der
Schule (profezione scolastica) hat man eine kleine Familiensteuer
eingeführt. In Suzzara nehmen alle Leute Anteil an den Ge-
meinde Angelegenheiten; 75 Proz. der Wähler geben ihre
Stimme ab.

In Gonzaga war die erste Manifestation der sozialistischen
Partei die Bildung eines „Konsum- und Arbeitervereins“ für die
Bauern, der heute mehr als 200 Mitglieder zählt und dessen
Ältesten von 6 Lire auf 18 gestiegen sind. Andre ähnliche Vereine
sind in rascher Bildung begriffen. Es ist auffallend, daß einer der
eifrigsten Organisatoren ein einziger Karabinier ist, der erzählt,
er hätte so vielen Prozessen gegen Sozialisten beigewohnt, daß er
sich schließlich zum Sozialismus bekannte. Die Direktive der Be-
wegung liegt in den Händen des „Circolo elettorale“, bestehend aus
60 Mitgliedern, deren Rechtschaffenheit und Moralität vorher wie mit der
Lupe geprüft wird.

Katolisch hat Rossi auch Gutstäter und Geistliche befragt, um
die Rehrseite der Medaille kennen zu lernen.

Doch auch unter den Gutstählern haben sich einige zu Gunsten
der Bauern ausgesprochen. Andre konnten nicht nachteiliges
von der sozialistischen Propaganda sagen, als daß die Bauern den
Respekt vor der Herrschaft verloren haben und nicht mehr gräßen usw.
Die Geistlichen sind, wie sich denken läßt, äußerst aufgebracht gegen
Irreligiosität, die jeden Tag zunimmt. Interessant ist in der That,
zu konstatieren, daß die Anzahl der Begräbnisse ohne Priester wächst
und die Beerdigungs-Ceremonie socialistischen Charakter annimmt;
einige Familien lassen ihre Kinder nicht taufen und geben ihnen die
Namen Marx, Engel, Cavallotti, Garibaldi und ähnliche. Bei der Volkszählung,
die soeben stattgefunden, schrieben manche in die Rubrik Religion: „antikatolisch“, „Atheist“ oder einfach: „ohne“.
Und das soll die Rehrseite der Medaille sein! —

Schweiz.

Zürich, 4. März. Die Volksabstimmung in der Stadt Zürich
über die außerordentliche Subventionierung des
einer Aktiengesellschaft gehörigen Theaters mit 50 000 Fr. ist
mit 11 865 gegen 7945, also mit einer Mehrheit von 3920 Stimmen,
verworfen worden. Die Drohungen der bürgerlichen Presse, daß im
Falle der Ablehnung der Subvention die Aktiengesellschaft das Theater
schließen und dann eine große Anzahl von Personen existenzlos
werden würde, hat so wenig Eindruck gemacht, wie die andre Ver-
sicherung, daß im Falle der Bewilligung der Subvention die Kunst
demokratisiert werden würde.

Frankreich.

Die Mandatsübernahme Déroulèdes und Marcel Haberts
seitens der Deputiertenkammer führte am Montag noch zu einer
stürmischen Sitzung. Faure greift den Beschluß des höchsten
Gerichtshofs an, wodurch Déroulède verurteilt wurde und be-
zeichnet ihn als skandalös. Faure wird zur Ordnung gerufen. Faure fährt
trotz der Ermahnungen des Kammerpräsidenten in seinen Angriffen
fort und sagt, wenn Déroulède Erfolg gehabt hätte, so würden
die meisten Deputierten ihm Folge geleistet haben. Die äußerste
Linke erhebt hiergegen Lärm und Einspruch. Als Faure erklärt,
daß er einen großen Unterschied zwischen Déroulède und den
Revolutionären, die das Volk täuschen, mache, wird ein
heftiger Zwischenfall herbeigeführt. Faure wendet sich an
einen Abgeordneten mit den Worten: „Sie sprechen von
Schmutz und haben ein Ministerium, wie diese
dal“ Der Kammerpräsident entgegnet Faure: „Sie haben
die Regierung beleidigt.“ Auf Verlangen des
Präsidenten nimmt Faure seine Aeusserung zurück und fährt
dann in seinen Lobeserhebungen Déroulèdes fort, den man nicht
als Monarchisten bekämpfen könne, aber als einen Republikaner,
der die Volksabstimmung will. Faure beschuldigt die Kammer, sich zur
Vollstreckung der niedrigen Absichten Waldeck-Rousseaus zu machen,
und sagt, sie bezeuge die Gesichte desjenigen, der die Schur an
der Guillotine ziehe. Auf Antrag des Präsidenten verhängt die
Kammer die Censur über Faure mit zeitweiliger Aus-
scheidung und befiehlt ihm, sich zu entfernen. Faure weigert sich.
Der Kammerpräsident bedrückt sich und verläßt seinen Sitz. Der
Saal wird geräumt, Faure nimmt auf der Tribüne Platz. Nach
Wiederannahme der Sitzung verlangt Millerande die Beipredung
der Vorlage. Die Beipredung der Angelegenheit Déroulèdes wird
mit 311 gegen 257 Stimmen abgelehnt. Die Linke verlangt den
Schluß der Debatte, was mit 273 gegen 245 Stimmen
beschlossen wird. Mirman bringt einen Zusatzantrag zu dem
Antrage der Kommission ein, worin gesagt wird,
die Kammer stelle ihr absolutes souveränes Recht fest, den Mandats-
verlust Déroulèdes und Haberts nicht auszusprechen. Der
Berichterstatter der Kommission bekämpft den Zusatzantrag, der
darauf mit 317 gegen 173 Stimmen verworfen wird. Die Beschlüsse
der Kommission, die den Mandatsverlust Déroulèdes verlangen,
werden mit 350 gegen 117 Stimmen angenommen. Schließlich
stimmt die Kammer den Beschlüssen der Kommission bezüglich des
Mandatsverlustes Marcel Haberts mit 347 gegen 192 Stimmen zu
und verlegt sich sodann bis zum Donnerstag.

Rußland.

Der 40jährige Gedentag der Befreiung von der Leibeigenschaft
erhielt sich in verschiedenen russischen Großstädten, so
besonders in Wilna, Saratow und Wisnig-Rougorod zu großartigen
Volksfesten. Die teilweise einen politischen Charakter trugen.
Alle Arbeiten ruhten, die Schulen waren geschlossen, des Abends
waren die Fenster illuminiert und auf den Straßen verankert das
Volk Linsage, wobei es wieder revolutionären Charakter und solche,
in denen der „Par-Befreier“ verherrlicht wird, durcheinander sang.
Die Polizei hielt sich gegen ihre sonstigen Gepflogenheiten tollwoll
zurück, so daß es weder zu den sonst bei ähnlicher Gelegenheit in
Rußland üblichen Massenverhaftungen, noch zu Gewalttaten kam.
Die Stadtverordnetenversammlungen bewilligten in verschiedenen
Städten größere Summen zum Bau von Volksschulen, Volkstheatern
und andern gemeinnützigen Anstalten.

Amerika.

Mac Kinley über die auswärtigen Handelsbeziehungen.
Am 4. März ist der wiedergewählte Präsident Mac Kinley, wie
üblich, in sein Amt eingeführt worden. Diese Festlichkeit führte
etwa 100 000 Fremde nach Washington. Nachdem er vor
etwa 200 000 Menschen den Eid in die Hände des ersten Vorgesetzten
des Obersten Gerichtshofs gelegt hatte, hielt Mac Kinley eine
Rede, in der er u. a. auf die Notwendigkeit hinweist,
die auswärtigen Märkte noch mehr zu erweitern
durch ausgedehntere kommerzielle Beziehungen und tritt
für den Abschluß von Reciprocitätsverträgen in
liberalem Sinne ein. Es sei sein heißester Wunsch, daß die
zukünftigen Zwischigkeiten Americas mit andren Mächten durch fried-
lichen schiedsgerichtlichen Spruch ohne die Schrecken
des Krieges geschlichtet werden.

Das klingt wie eine Abjage an die bisher von Amerika befolgte
Hochschulpolitik, jedoch wird man den vollen Wortlaut der Rede ab-
warten müssen.

Vom Boerentriege

Neuere Meldungen gar nicht vor. Allem Anschein nach zieht
sich De Wet weiter nach Norden zurück, um sich aufs neue zu
kräften. Haben also die Engländer auch den gefährlichen Gegner
aus der Kapkolonie hinausgedrängt, so ist es ihnen doch noch nicht
gelungen, sich seiner zu bemächtigen. Von dem Schicksal Bothas ist
noch immer nichts Sicheres bekannt.

Dem Pariser Blatt „La Presse“ wird aus London berichtet:
Aus bester Quelle verlautet, daß die letzte Reise des Transvaal-
gesandten Dr. Leyds nach Paris mit den Friedensverhandlungen, welche
zwischen Lord Ritzner und General Botha, gepflogen wurden, im
Zusammenhang stand. Diese Unterhandlungen werden nunmehr mit
Alfred Milner wieder aufgenommen, der zu diesem Zweck von Kap-
stadt nach Pretoria gereist ist. Dr. Leyds erjuchte die französische
Regierung, die Friedensverhandlungen durch den französischen Bot-
schafter in London führen zu lassen, wie dies in Washington nach
dem spanisch-amerikanischen Krieg der Fall war. Delcassé soll aber
dieses Anerbieten abgelehnt haben.

Parlamentarischeres.

In der Budgetkommission wurde am Dienstag der Kolonial-
Etat beraten. Gespochen wurde über die Ausbildung der Kolonial-
beamten. Kolonialdirektor Dr. Stuebel vertat dabei den Stand-
punkt, daß man den Kolonialbeamten, da sie des Klimas wegen bald
wieder zurückkehren müßten, eine längere besondere Ausbildung nicht
anstimmen könne. In dessen werde der besseren Auswahl der Beamten
größeres Augenmerk gefolgt. Hierauf regte der Referent Prinz Kren-
berg (L.) den Gedanken an, dem ostafrikanischen Schutzgebiet
eine gewisse Selbstverwaltung in Bezug auf Einzelheiten des Staats

bezugs, überhaupt dem Gouverneur einen Beirat zu geben. Kom-
mission und Regierung waren aber im wesentlichen darin einig, daß
zur Zeit noch nicht die für eine solche Institution notwendigen
Elemente vorhanden seien, daß indes diese Frage früher oder später
zu lösen sein wird. Der Kolonialdirektor kündigte an, daß dem-
nächst eine Kommunalordnung für diejenigen ostafrikanischen Städte,
welche bereits eine Civilverwaltung haben, erlassen werde. Sodann trat
eine längere Diskussion über die Uamdarabahn ein. Die Kommission
war darin einig, daß die diesbezüglichen Aufstellungen des Staats völlig
phantastisch und wertlos seien. Die bisher übliche Begutachtung
durch das Reichs-Eisenbahnamt habe sich gleichfalls als völlig unzu-
verlässig erwiesen. Nachdem der Betrag für die Fertigstellung der
im Bau befindlichen Strecke bewilligt war, wurde die eingefetzte Rate
für die Fortführung der Bahn bis M'ogoro mit großer Mehrheit
abgelehnt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Raßschneider in Berlin beabsichtigen in diesem Frühjahr
wieder in eine Lohnbewegung einzutreten, um insbesondere eine
Lohnaufbesserung in den kaufmännischen Geschäften herbeizuführen.
Durch die Einführung der Tarife im vorigen Jahre hat allerdings
eine teilweise Regelung der Löhne stattgefunden, aber in der
Hauptsache nur für die erst- und zweitklassigen Geschäfte. In
den drittklassigen, kaufmännischen Geschäften werden wie vor-
her äußerst niedrige Löhne bezahlt und die Preise von den Unter-
nehmern ganz nach Willkür und verschiedenartig festgesetzt.
Trotzdem auch von den für diese Geschäfte tätigen Schneidern eine
gute Arbeit verlangt wird, wird von den Unternehmern zumeist nicht
mal der 3. Tarif, sondern der Preis für billigere Lagerarbeit bezahlt,
so daß die drittklassigen Geschäfte für ca. 30 Proz. niedrigere Arbeits-
löhne fast dieselbe Qualität Arbeit wie die in Betracht kommenden
Wohlgelohnten erhalten. Die besseren Firmen werden dadurch schließlich
veranlaßt, gleichfalls eine Reduzierung der Löhne zu versuchen, da sie
unter dieser Konkurrenz sehr zu leiden haben. Der heftige Konkurrenz-
kampf, der in der Bekleidungsindustrie tobt, wird fast ausschließlich
begünstigt durch die Folgen der Heimarbeit, auf Kosten der Arbeiter-
schaft geführt. Um diesen Zustand möglichst zu beseitigen, soll eine
rege Agitation entfaltet und zu geeigneter Zeit den Unternehmern
die Forderungen unterbreitet werden. In der gut besuchten Ver-
sammlung am Montag, in der die schlechten Lohn- und Arbeits-
verhältnisse lebhaft kritisiert worden sind, wurde beschlossen, die für
die kaufmännischen Geschäfte arbeitenden Kollegen bei dem Bestreben,
ihre Lage zu verbessern, in jeder Weise zu unterstützen.

Die christlichen Fleischergelegen haben sich in einer Petition
an den Berliner Polizeipräsidenten gewandt, um die Sonntagsruhe
auf dem Schlachthof zu fordern. Die gleiche Petition ist vom
Magistrat abschlägig beschieden, deshalb die Appellation an den
Polizeipräsidenten. In diesem Wunsch werden sich wohl alle Ge-
selten ohne Unterschied der politischen Gesinnung einig wissen. Wie
berechtigt die Forderung ist, ist daraus ersichtlich, daß Berlin
von allen größeren Städten eine Ausnahmestellung ein-
nimmt; nirgends ist sonst die Inzucht verbreitet, daß an
Sonn- und Festtagen auf Schlachthöfen gearbeitet wird. Die
ablehnende Haltung des Berliner Magistrats gegenüber einer so
dringenden sozialpolitischen Forderung ist recht beschämend, entspricht
aber dem, was wir von dieser Stelle gewöhnt.

Kleine Mitteilungen.

Die Bauarbeiter der Zählstelle Berlin II wählten als
Delegierte zur Provinzialkonferenz der Provinzen Brandenburg und
Posen Ernst Renner und Paul Rothberg.
Für die Einführung der Arbeitslosen-Unter-
stützung sprach sich eine außerordentliche Mitgliederversammlung
der hiesigen centralorganisierten Zimmerer aus. Die
von hier gewählten Delegierten wurden beauftragt, auf der General-
versammlung des Zimmererverbands in diesem Sinne zu wirken.
Lebte die Generalversammlung die Einführung der Arbeitslosen-
unterstützung für den Verband ab, so soll dieselbe für die Berliner
Zentrale allein eingerichtet werden.

Dem Kapitel von der Lehrlingszählerei wurde
in einer Versammlung der Gold- und Silberarbeiter eine
neue Seite hinzugefügt. Dort wurde mitgeteilt, daß ein Silber-
drücker sich von den Eltern der Lehrlinge für die Anfertigung einer
„Entschädigung“ von 150 bis 200 R. zahlen läßt, die er in
rigoroser Weise eintreibt. Von den Praktikanten einer Bekleidungs-
fabrik sollen die Eltern in Kenntnis gesetzt und vor denselben ge-
warnt werden.

Deutsches Reich.

Die Agitation des Pfarrers Kaumann im Ruhrgebiet für
die freien Gewerkschaften hat den 6495 Mitglieder zählenden
Dresdener evangelischen Arbeiterverein zu einem bedeutsamen
Beschluss veranlaßt. Einstimmig nahm die Hauptversammlung nach-
stehende Entschlüsse an: 1. Demjenigen Mitgliedern, denen ihr
Vertrauen es erlaubt, ist der baldige Anschluß an eine Berufs-
organisation zu empfehlen. 2. Von der Gründung christlicher Ge-
werkschaften oder eigner Fraktionen oder dem Anschluß an eine
bestehende socialdemokratische Gewerkschaft bezu. von dem weiteren
Verbleiben in einer solchen ist abzuraten. 3. Dagegen ist der
Einstritt in die deutschen Girk-Dunderschen
Gewerksvereine zu empfehlen.

Wenn der Aufforderung Folge geleistet wird, werden die Girk-
Dunderschen Vereine noch mehr verstimmt, als es schon bisher der
Fall ist. —

§ 153 der Gewerbe-Ordnung. In der Ofenfabrik von
Gehr. Fuchs in Görlitz war es zu Differenzen gekommen, weil die
Ofenmacher eine neue Arbeitsordnung, die ihnen die Reinigungs-
arbeiten auflegte, nicht anerkennen wollten. Vier Ofenmacher wurden
deshalb entlassen. Einer derselben, der Ofenmacher Heinrich Walter,
hatte nun einem weiterarbeitenden Ofenmacher 5 Mark geliehen. Er
forderte diese zurück mit der Bemerkung: „Wenn Du weiter arbeitest,
hane ich Dir die 5 Mark am Rndel ab.“ Derselbe hatte er sich am
Mittwoch vor der Görlitzer Strafkammer zu verantworten. Das
Gericht beschränkt die Anwendbarkeit des § 153 auf diese drastische
Rückforderung eines Darlehns und sprach den Angeklagten in Bezug
auf § 153 der Gewerbe-Ordnung frei. W. wurde dagegen wegen
versäuzter Rötigung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt event. 4 Tagen
Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte einen Monat beantragt.

Die Zimmerer der Aktiengesellschaft in Wolgast sind wegen
Mißregelung einiger Arbeiter in den Aufstand getreten.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Chemnitz-Land und im
Kreis Stollberg (Sachsen) wurden in der Klasse der Arbeitnehmer
die Kandidaten der Gewerkschaften ohne Gegenliste gewählt.

Ausland.

Die Ursachen der Unruhen in Palermo.
(Sig. Ver.) Der Hafenarbeiter-Streik von Palermo ist in keiner
Weise mit dem der Hafenarbeiter von Genua zu vergleichen; seine
Ursachen sind nicht dieselben, die Interessen, um die es sich bei
ersterem handelt, sind ganz andre, wie sie es bei dem letzteren
waren, und dann, während der Genuer Streik in misserhafter
Mühe und Ordnung verlief, brachen in Palermo Unruhen aus.
Dieser palermitaner Streik ist einzig und allein von den
organisierten Kapitalisten im rein kapitalistischen Interesse veranlaßt
worden, und die tumultuösen Demonstrationen waren das Werk von
Arbeitern, die absolut kein Klassenbewußtsein hatten, denen jede
politische Erziehung mangelte und denen überdies noch Hand und
Fuß von den Arbeitgebern gefesselt war.
Der enorme reiche Großkapitalist Florio, den man den König
von Palermo nennen kann, hatte, dazu angetrieben von den starken
und unbilligen Prämien, die der Staat für die Erbauer von
Handelschiffen ausgesetzt hatte, große Kapitalien in Palermo in den
Händen von Werften und Docks gesteckt, um dort Schiffe zu bauen und
die hohen Staatsprämien einzusacken. Jene Werften waren noch

zum Beendete, als die Kammer über einen Gesegentwurf zu debattieren anfing, der die Prämien an die Handelsmarine abbauführen und als Recompens dafür die steuerfreie Einfuhr für Schiffsbauaterialien setzen will. Wenn nun die Staatsprämien abgeschafft werden, dann liegen die Kapitalien des Herrn Florio gerade in dem Moment brach, in dem er darauf gerechnet hatte, daß sie ihm einen größeren Nutzen abwerfen sollten. Deshalb muß natürlich auf die Volkvertretung ein Druck ausgeübt werden, damit die oben angeführten Staatsprämien erhalten bleiben. Es war nun eine letzte Aufgabe, einestheils die Phantasie der Arbeiter durch die Aussicht auf bevorstehende Arbeitslosigkeit zu erregen, andererseits sie zu öffentlichen Demonstrationen anzufachen.

So haben denn mit dem Streik in Palermo am Sonnabend tumultuöse Demonstrationen stattgefunden, wobei die Telephondrähte zerschritten wurden, Kesseltouren mit den Truppen vorfanden, Verwundungen vorkamen und Verhaftungen vorgenommen wurden. Unter den Demonstranten war der Direktor einer großen Metallwarenfabrik zu bemerken, welche durch die Abschaffung der Prämien schwer geschädigt würde.

Die Sozialisten haben mit jener ganzen Agitation, welche den Herren Scharfmachern eine vom Himmel geschenkte Gelegenheit bietet, um das liberale Ministerium anzugreifen, ganz und gar nichts zu thun.

Bei dem Streik von Genua, der von wahren Arbeitern und für einen idealen Zweck vorgenommen wurde, kam keine Spur von Gewaltthatigkeiten vor und der Sieg wurde mit Ruhe angenommen. Ein Vergleich zwischen beiden Streiks ist von schneidender Deutlichkeit.

Die Streiks in Frankreich. Die Lage in Montceau-les-Mines hat sich gebessert. Der Direktor der Gruben hatte heute eine erste Unterredung mit dem Streikkomitee zwecks Beilegung des Ausstands. In Marseille dagegen ist die Lage schlimmer geworden. Der Präfect hat die Transportunternehmer ermahnt, mit den Ausständigen zu unterhandeln. Diefelben erklären jedoch, mit den Ausständigen in keine Verbindung treten zu wollen; ein Schiedsgericht könne ihrerseits nicht angenommen werden, da der Schiedsspruch, welcher im Monat August vorigen Jahres den damaligen Ausstand beendigte, von den Arbeitern gebrochen worden ist.

Der Konflikt in der Waggonfabrik „Dulcan“ in Naribo (Dänemark) ist zu Gunsten der Arbeiter beendet. Jedoch dauert der Streik bei der Firma fort.

Der Fachverein der Erd- und Betonarbeiter in Dänemark hat aus eignen Mitteln eine Ausstellung von Nahrungsmitteln an seine arbeitslosen Mitglieder veranstaltet. Vereits Anfang Februar wurden ca. 2000 Kr. für diesen Zweck aufgewandt und am Sonnabend und Sonntag fand wiederum eine Verteilung von Brot, Margarine und Speck im Werte von 8000 Kr. statt. Es hatten sich dazu ca. 500 unverheiratete und 700 verheiratete Mitglieder mit ca. 1500 Kindern gemeldet.

Gerichts-Beilage.

Besonders für Hilfs-Krankenkassen ist eine dieser Tage vom Ober-Verwaltungsgericht gefällte principielle Entscheidung von Belang. Der Bezirk der eingeschriebenen Hilfskassen Nr. 32 zu Altona umfaßt die Städte Altona und Hamburg, sowie mehrere Vororte. Im § 8 Abs. II ihres Statuts wird nun bestimmt: Mitglieder, welche aus dem Kassenzirkel verziehen, scheiden mit dem Tode oder Abreise aus der Kasse aus.“ Und nach dem § 7 des Statuts erlischt mit dem Ausscheiden oder nach erfolgtem Ausschlusse jedes Anrecht an die Kasse, soweit der Anspruch nicht vor diesem Zeitpunkt begründet war. Der Körper D. aus Hamburg, ein Mitglied der Kasse, der am 1. November 1899 aus dem Kassenzirkel verziehen war, erlitt 18 Tage später einen Unfall und wurde mehrere Monate lang auf Kosten des Armenverbandes Hamburg im Krankenhanse verpflegt. Die Kasse weigerte sich, die 24 M. Kosten zu erstatten und berief sich auf den citierten zweiten Absatz des § 8 ihres Statuts. Danach sei D. durch seinen Verzug aus dem Kassenzirkel bereits 18 Tage vor seiner Entlassung aus der Kasse ausgeschieden. Der Armenverband erhob nunmehr Klage beim Bezirksauschuss in Schleswig und bestritt die Rechtsgültigkeit des § 8 Abs. II des Statuts der Kasse wobei er sich auf ein Urteil des Hanseatischen Ober-Landesgerichts berief. Danach sehe das Hilfskassen-Gesetz nur einen Austritt oder Ausschluß vor. Ein mit bestimmten Thatsachen ohne weiteres verknüpftes Ausscheiden kenne das Gesetz nicht, die Kasse könne es darum auch nicht im Statut vorsehen, wie sie es gethan habe. Nach dem § 15 des Gesetzes solle beim Austritt oder Ausschluß eine bestimmte Form gewählt werden. Das sei hier nicht geschehen.

Der Bezirksauschuss wies die Klage des Armenverbandes ab und das Ober-Verwaltungsgericht, vor dem Arbeitersekretär Lesche aus Hamburg die Kasse vertrat, hielt die Entscheidung des Vorberichters, wenn auch aus ganz andern Gründen, aufrecht. Der Senat schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Vertreters der Kasse an, indem er begründend ausführte:

Bestimmungen im Statut, die mit der Zweckbestimmung der Kasse in Verbindung ständen, hätten so weit Gültigkeit, als das Gesetz sie nicht direkt ausschließe und sie nicht dem wohlverstandenen Sinne des Gesetzes widersprächen. Das habe der Gerichtshof hier nicht angenommen. Das Gesetz lasse nicht erkennen, daß es solche Bestimmungen des Statuts, die auf freier Vereinbarung beruhen, habe ausschließen wollen. Somit müsse eine Bestimmung für gültig erachtet werden, wonach die Betreffenden durch ihren Verzug aus dem Kassenzirkel ohne weiteres (ohne daß bestimmte Formen erfüllt werden brauchen) aus der Kasse ausgeschieden.

Zur Charakteristik der Kriegervereine. Dem Willen der Kriegervereine ist eine Verleumdungsklage entworfen, die gestern den städtischen Lehrer Wachmeyer und den Kanalarbeiter Wolke witz als Gegner vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Privatkläger Wachmeyer war Dirigent des Krieger-Sängerbundes, der Privatbeklagte ist dritter Vorsitzender des Hauptverbandes der Kriegervereine. Ueber Herrn Wachmeyer war das Gericht verurteilt, daß er auf einem Kriegervereinsfest die Keuehörung gethan habe; die Berliner Kriegervereine seien „Kadaververeine“. Diese Behauptung war geeignet, die Stellung des Privatklägers innerhalb der Kriegervereine völlig zu untergraben und veranlaßte ihn, deshalb gegen eine Anzahl von Kriegervereins-Mitgliedern, die die Rolleporteurie jenes Gerichts waren, und gegen den Kanalarbeiter Wolke witz die Privatklage zu erheben. Am 12. Januar v. J. kam es zum Vergleich, bei welchem die Kosten geteilt wurden. Ueber den Ausgang der Klage berichtete noch an demselben Tage Herr Wolke witz dem ersten Verbandsvorstand, Rechnungsrat Pfannstiel, und dieser hatte die persönliche Ueberzeugung, daß der Privatkläger durch Zurücknahme der Klage indirekt zugegeben habe, jene anfechtbare Keuehörung gethan zu haben. In der Folge wurde alsdann ein Rundschreiben an die Kriegervereine erlassen, welches sie aufforderte, bei Festen sich der Mitwirkung des Krieger-Sängerbundes zu enthalten, so lange der Privatkläger an der Spitze stehe und so lange dieser sich nicht von dem gegen ihn erhobenen Vorwurf gereinigt habe. Der Privatkläger suchte darauf hin Herrn Pfannstiel auf und nachdem er erfahren, daß Herr Wolke witz in der betreffenden Vorstandssitzung der Referent gewesen, strengte er nunmehr gegen diesen die Privatklage an. Das Schöffengericht verurteilte auch den Beklagten zu 100 Mark Geldstrafe eventuell 10 Tagen Gefängnis. Hiergegen legte der Verurteilte Berufung ein. In der Berufungsinzanz wurde die Ansicht des Klägers und des Schöffengerichts, daß der Beklagte seinerseits Keuehörungen gethan, als ob der Kläger durch Zurücknahme der Klage jene anfechtbare Keuehörung zugegeben habe, nach seiner Richtung hin erwiesen. Rechtsanwält Dr. Gahn-Charlottenburg beantragte zwar umfangreiche Beweisvernehmung darüber, daß der Kläger Gegenstand der Verurteilung seitens des Beklagten sei und die anfechtbare Keuehörung nicht gemacht habe. Der Gerichtshof hielt dies aber für un-

erheblich und erkannte nach dem Antrage des Rechtsanwalts Dr. Schwandt auf Aufhebung des ersten Urteils und Freisprechung des Angeklagten.

Keine Familie. Ein Kapitel aus der Skandalchronik der sogenannten „besseren Gesellschaft“ kam in einer Verhandlung zur Erörterung, die vorgestern vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Kaufmann Otto Wilde war der verdächtige Erpressung beschuldigt. Der Ingenieur W. lag vor etwa vier Jahren mit seiner Ehefrau in Scheidung. Seine Frau beschuldigte ihn der Untreue. Er erhob Widerklage, indem er denselben Vorwurf gegen seine Ehefrau erhob. In dem Prozeß wurden außer dem Angeklagten Wilde auch die Herren v. B. und Sahl als Zeugen vernommen, erzieher trat als Belastungszeuge für den Ehemann auf, die beiden anderen wurden darüber vernommen, ob sie je zu der Ehefrau in unlauteeren Beziehungen gestanden. Sie verneinten dies unter ihrem Eide, worauf W. für den schuldigen Teil erklärt und verurteilt wurde, seiner bisherigen Ehefrau monatlich 120 M. Unterhaltungs-gelder zu zahlen. Nach 2 Jahren heiratete Herr v. B. die geschiedene Frau W. Noch ein Jahr später, im Herbst v. J., erschien der Angeklagte plötzlich bei Herrn v. B. und erklärte ihm, daß er arg hintergangen worden sei. Er könne ihn leicht von der Verpflichtung befreien, die Alimente für seine frühere Frau zu zahlen. Die beiden früheren Zeugen v. B. und Sahl hätten einen Meineid geleistet, als sie in der Ehescheidungs-sache vernommen worden seien. Der Angeklagte machte zur Begründung seiner Behauptung Angaben so ungeheuerlicher Natur, daß sie dem Zuhörer ungläubig schienen. Wilde beharrte aber auf seinen Angaben und erbot sich, eine eidstattliche Versicherung über die Wahrheit seiner Wahrnehmungen der Staats-anwaltschaft einzuhandeln. Nachdem dies geschehen, wurde gegen v. B. und Sahl das Verfahren wegen Meineids eingeleitet, aber wegen mangelnden Beweises wieder eingestellt. Vorher hatte der Angeklagte zwei Briefe an Herrn v. B. gerichtet, worin er darauf hinwies, was er vorhabte und was dem Adressaten dann bevorstehe. Er verlangte eine mündliche Auseinandersetzung mit ihm. Herr v. B. schenkte diesen Briefen keine Beachtung, übergab dieselben aber der Staats-anwaltschaft, nachdem das Verfahren gegen ihn und Sahl eingestellt war. Die Anklagebehörde nahm an, daß Wilde entweder von Herrn v. B. oder von Herrn v. B. Vorteile für sich erzielen wollte und diese Annahme wurde noch dadurch bestätigt, daß Wilde vor einem Notar seine frühere belastende Behauptung als unwahr erklärte und sein tiefstes Bedauern darüber ausgesprochen hatte.

Im Termine wußte der Angeklagte über sein ganzes sonderbares Verhalten keine Rechenschaft zu geben, mit Entschiedenheit bestritt er nur, daß er irgend welche rechtswidrigen Vorteile für sich habe herausgeschlagen wollen. Der Gerichtshof hielt mit dem Staats-anwalt diesen Beweis auch nicht für erbracht und mußte deshalb auf einen freisprechenden Erkenntnis kommen. Der Vorsitzende gab dem Angeklagten aber die Bemerkung mit auf den Weg, daß seine Handlungsweise im hohen Grade verwerflich sei.

Militär-Mißhandlung. Mit einer vorfälligen Mißhandlung eines Untergebenen hatte sich in seiner gestrigen Sitzung das Oberkriegsgericht des Gardecorps zu beschäftigen. Der Geseitete Blume von der 9. Compagnie des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments war wegen des genannten Vergehens vom Kriegsgericht der 2. Garde-Infanterie-Division zu zehn Tagen Mittelarrest verurteilt worden und hiergegen hatten sowohl der Angeklagte wie auch der Gerichtsherr Berufung eingelegt. Blume war im letzten Winter erzierender Rekruten-Gefreiter und übte am Nachmittage des 7. Januar mit seiner Abteilung auf der Stube Gewehrgriffe. Er ließ unter andern die Leute knieend hantieren und einer der Rekruten namens Schlüter machte hierbei einen kleinen Fehler. Nun soll der Angeklagte, wie es in der Anklage-schrift heißt, seinem Untergebenen einen Schlag gegen das linke Ohr versetzt haben und wenige Stunden darauf hätte Schlüter seinen Stubenlammeraden über Ohrenschmerzen geklagt. Drei Tage später meldete sich der Rekrut rekrutkrank und kam in ärztliche Behandlung, wobei nun eine Verletzung des Trommelfells konstatiert wurde, deren Heilung etwa zehn Tage im Anspruch nahm. Die Angelegenheit wurde durch den behandelnden Oberstabsarzt Dr. Kowal dem Bataillon gemeldet, doch erklärte sich das alsbald zusammengerufene Stabesgericht für inkompetent und überwies den Fall dem Kriegsgericht. In der gestrigen Verhandlung der Berufungsinzanz leugnete der Geseitete hartnäckig, seinen Untergebenen geschlagen zu haben. Er hätte Handschuhe in der Hand gehabt, und da sei es wohl möglich gewesen, daß er den Schlüter leise mit denselben berührt habe; absichtlich aber hätte er auch dies nicht gethan. Der als Sachverständiger vernommene Oberstabsarzt Dr. Kowal hat bei der Untersuchung des Patienten am 11. Januar einen frischen Riß im Trommelfell festgestellt, auch waren einige Blutreste vorhanden, wie sich solche bei ähnlichen Verletzungen zu zeigen pflegen. Daß sich Sch. um vielleicht vom Militär loszumachen, den Riß im Trommelfell selbst beigebracht, hielt der Herr Sachverständige, der auch noch einen Spezialisten für Ohrenkrankheiten zur Behandlung hinzuzog, für ziemlich ausgeschlossen. Gegenwärtig sei Sch. dienstfähig, falls aber eine Narbenbildung eintrete, so sei es nicht ganz ausgeschlossen, daß dies für den linken Gehörgang nachteilige Folgen haben könne. Der mißhandelte Schlüter behauptete, daß er gleich nach dem Schlag Schmerzen verspürt habe, konnte jedoch nicht angeben, ob der Schlag mit der flachen Hand oder mit der Faust geführt worden sei. Die weiteren vernommenen Zeugen haben nicht gesehen, daß der Geseitete geschlagen hat, doch habe ihnen dies Schlüter bereits gegen Abend mitgeteilt! Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte, da hier nur ein minder schwerer Fall vorliege, auf 21 Tage Mittelarrest. Der Gerichtshof erkannte auf 14 Tage Mittelarrest und gab somit der Berufung des Gerichtsherrn statt.

Ein erschreckendes Sittenbild wurde in einer Anklage wegen wiederholten Sittlichkeits-Vergehens entworfen, die gestern den Privatwächter Karl Heerer vor die 1. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte, der seine Ehefrau überaus schlecht behandelt hat, wurde beschuldigt und durch die Beweisaufnahme überführt, seine drei Töchter in schmähvoller Weise mißbraucht zu haben. Die eine dieser Töchter ist ein taubstummes Mädchen, welches dem Willen des Vaters wirksam Widerstand nicht entgegenzusetzen vermochte. Eine andere ist bei einer Herföhrst im Dienst. Als die taubstumme Tochter einer Zeugin den sträflichen Verlehr zugestanden hatte und auch die zweite mit Anschuldigungen gegen den Vater hervorbrachte, hat dieser sie nicht bloß bedroht, sondern sie auch bei ihrer Dienstverrichtung angefaßt und schäblich gemacht. Der Angeklagte bestritt rundweg alle Schenlichkeiten, die ihm zur Last gelegt wurden, er wurde aber durch die Beweisaufnahme vollständig überführt. Der Staatsanwalt beantragte wegen Sittlichkeitsverbrechen und Bedrohung eine Gefängnisstrafe von 7 Jahren Zuchthaus, der Gerichtshof ging aber darüber hinaus und erkannte auf 10 Jahre 1 Monat Zuchthaus.

Schuldschleichen und Unzüge gehören nach einer im „Reichsboten“ mitgeteilten endgültigen Entscheidung des Kammergerichts nicht zum Unterricht. Die Kinder können also fernerhin nicht mehr gezwungen werden, an den nationalen Schulfeiten teilzunehmen. Bisher haben die unteren Gerichtsinzancen stets die polizeilichersits festgelegten Strafen bestätigt, die den Eltern und Vormündern auferlegt waren, weil ihre Pflegebefohlenen sich von Schulfeiten fern gehalten hatten.

Die russische Politik triumphiert.

Die Russen halten die Mandchurei fest und die Verbündeten werden nichts dagegen machen können. Den offenen Krieg scheuen die Rivalen, in der Diplomatie sind ihnen die Halbbarbaren ebenfalls über. Sie geben, wie den „Times“ aus Peking gemeldet wird, jetzt unumwunden zu, daß die

in den „Times“ vom 28. Februar veröffentlichten Bedingungen der Mandchurei-Uebereinkunft dem Wesen nach richtig sind; sie befreiten jedoch die Nichtigkeit bestimmter Einzelheiten. Im Artikel 4 soll es nicht heißen: „China verpflichtet sich, keine Truppen an irgend einem Platze aufzustellen, wo die Eisenbahn noch nicht vollendet oder begonnen ist“, sondern richtig: „China verpflichtet sich, keine Soldaten an irgend einem Platze der Mandchurei aufzustellen, ehe die transmandchurische Bahn fertig ist“. Auch ist der Anfang des Artikels 8 bestimmter gefaßt, als ihn mein Telegramm wiedergibt. Derselbe lautet nicht: „In der Mandchurei, Mongolei und Chinesisch-Turkestan sollen keine Eisenbahnen, Bergwerke oder andre Konzessionen den Angehörigen irgend einer andern Macht gewährt werden, noch darf auch China selbst eine Bahn bauen“, sondern der Artikel beginnt: „An allen an die russische Grenze stoßenden Plätzen, nämlich in der Mandchurei, Mongolei, dem neuen Tarbagatai-Gebiet, in Zi, der Kaschgarei, Garland, Khotan und andern Plätzen...“; sodann wiederholt der Artikel die Namen aller dieser Ortlichkeiten hinter den Worten: „auch darf China selbst keine Bahn bauen“ und setzt hinzu: „ohne vorherige Zustimmung Rußlands“.

Rußland braucht nicht formell die Souveränität über die Mandchurei auszuüben, ja es könnte den Verbündeten formell ruhig noch einige Zugeständnisse machen, das würde an der Sache nichts ändern, es wird sich bald an die Verbannung seiner Weite machen können. An Rußland selbst wagen sich die Mächte nicht heran, sie fürchten die Folgen, die ein solcher Schritt unter Umständen haben könnte, dagegen soll China büssen, daß es den Russen nachgeben mußte. Einer Befugter Meldung der „Morning Post“ zufolge erklärten Deutschland, England, Italien, Oestreich und Japan der chinesischen Regierung, sie würden Schritte gegen China unternehmen, falls es die Mandchurei-Konvention ratifiziere, sie beabsichtigten jedoch nicht, Rußland um Erklärungen seines Schritts zu ersuchen.

Zu den Wirren in China liegen heute sonst noch folgende Nachrichten vor:

In Peking wurde offiziell durch Maueranschläge die Verstrafung aller an den bekannten Verbrechen schuldig befundenen Mandarinen, sowie die Einstellung der öffentlichen Prüfungen in allen Provinzen, wo Christen mißhandelt wurden, bekannt gemacht.

Peking, 5. März. Der Kaiser hat ein Edikt veröffentlicht lassen, nach welchem alle Dekrete und Verdicte, welche zwischen dem 20. Juni und dem 14. August 1900 erlassen, respektive erstatet worden sind, vernichtet werden sollen, um jede Spur derselben in der Geschichte zu verwischen.

Ein neues Gefecht.

General Waldersee meldet am 4. d. M. aus Peking:

Am 1. d. M. hat eine Erkundigungs-Abteilung von 25 Mann unter Oberstlieutenant v. Ballmreich unter Verlust von 3 Toten und 1 Verwundeten die Anwesenheit starker Truppen westlich Lungschüan (etwa 18 Kilometer westlich des Antsuling-Passes nahe der chinesischen Mauer) festgestellt. Auch bei Yutshai (50 Kilometer südwestlich Lungschüan in Schansi) stehen erhebliche Kräfte.

Oberst v. Ledebur ist heute früh von Paojingfu mit vier Compagnien abgegangen, um den Antsuling-Paß bis zur Mauer vom Feinde zu säubern und dauernd zu sichern.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Lohnbewegung der Maler Berlins.

Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Vereinigung der Maler tagte Dienstagabend im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Circa 1500 Personen füllten den geräumigen Saal, um den Bericht über die Verhandlungen mit der Innung entgegen zu nehmen. Die Innung hat sämtliche Hauptforderungen abgelehnt. Die heutige Versammlung spricht ihr Bedauern über das Verhalten der Innung in Bezug auf die Tarifverhandlungen aus. Die Maler Berlins erkliden in dem Verhalten der Vertreter der Innung — das durch die Meisterversammlung vom 1. März 1901 gedeckt wird — eine Mißachtung der gesamten Arbeiter-masse. Die Versammelten halten die Forderungen aufrecht und beauftragen die Organisationsversammlung, alle geeigneten Schritte einzuleiten, um die Forderungen auf gültigem Wege zu erreichen. In Erwägung dessen verpflichten sich die Organisierten, für den Ausbau der Organisation in rührigster Weise zu arbeiten, da nur durch eine straffe Organisation die Forderungen durchgeführt werden können.

Oestreichsches Abgeordnetenhaus.

Wien, 5. März. (W. S.) Die heutige Abgeordnetensitzung nahm einen stürmischen Verlauf, weil die Deutschen die fortgesetzten langen ezechischen Reden nicht mehr dulden wollten. Als der ezechisch-radikale Abgeordnete Frel auf die Präbidententribüne losging und dem Präbidenten ein Schriftstück entriß, wurde Frel von den Deutsch-Radikalen von der Tribüne geschleift und furchterlich durchgeprügelt. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen. Nach ihrer Wiedereröffnung erhielt Frel einen Ordnungsruf, worauf wieder ein Streit zwischen den Jung-ezechen und den Ezechisch-Radikalen entstand.

Nachdem die Jung-ezechen ihre Mißbilligung über das Verhalten der Ezechisch-Radikalen ausgesprochen hatten, trat später Ruhe ein, und die erste Lesung des Rekrutengesetzes wurde ohne Zwischenfall begonnen.

Die Heeresreform im Oberhand.

London, 5. März. Der Herzog von Devonshire beklagt namens der Regierung, daß Lord Wolseley Kritiken zu allgemein gewesen und verteidigt das Vorgehen Lord Lansdownes, in welchem keinerlei persönliche Angriffe auf Wolseley enthalten gewesen seien. Lansdowne habe aber eine Herausforderung hingeworfen, auf welche zu antworten für Lord Wolseley angemessen gewesen wäre. Ferner weist der Herzog von Devonshire darauf hin, daß sich in keinem civilisierten Land eine Parallele in der militärischen Organisation finde für die Stellung, welche Lord Wolseley dem Oberkommandierenden geben wolle. In Frankreich sei kein Beamter in der Stellung des Oberkommandierenden, auf dem die ganze Verantwortung für die Armee ruht. In Deutschland gäbe es einen Oberkommandierenden der Armee, aber das sei der Kaiser, und dieser befinde sich nicht in der Stellung, in welcher Lord Wolseley den Oberkommandierenden sehen möchte. Es würde ein großer Fehler sein, zu einem allgemein verurteilten System zurück-zufehren. Lord Rosebery bezeichnet Wolseleys Rede als von dem patriotischen Bemühen entgegengesetzt, die Aufmerksamkeit auf die Mängel des bestehenden Systems hinzulenken und tadelt scharf Lansdownes Antwort, welche keine Beziehung zu dem eigentlichen Streitpunkt hatte, bei dem es sich darum handelte, ob das bestehende System gut funktioniere. Neben drantagte die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses, welcher in geheimen Sitzungen mit dem Staatssekretäre und mit Beamten der Kriegs- und Marine-Verwaltung prüfen sollte, was thatsächlich für Mängel im Kriegs- und Marinewesen vorhanden wären.

Sofia, 5. März. (Meldung des „Wiener Tel.-Bureau“.) Es verlautet, der Fürst habe die Bestitton der Schüngervereine dahin erledigt, daß der Bestand der Vereine aufrecht erhalten, daß dieselben aber der Aufsicht des Kriegsministers unterstellt werden sollen.

Reichstag.

61. Sitzung vom Dienstag, den 5. März 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Bülow, v. Goltz, Freiherr v. Richthofen.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle der Etat des Auswärtigen Amtes in zweiter Lesung.

Abg. Dr. Schäbler (C.):

Der Herr Reichskanzler behandelt nach seinen früheren Erklärungen die auswärtige Politik nicht für die Volkvertretung als Buch mit sieben Siegeln, sondern gestattet dem Volke einen Einblick, soweit es angeht. Seit dem Nichtempfangen Krügers ist manches hinzugekommen, was Mißtrauen und Unruhe hervorgerufen hat. So sehr wir den Heldennut der Boeren bewundern und den Eroberungszug gegen sie verurteilen mögen, der Kopf begreift, wenn auch das Herz widersteht, daß Deutschland nicht eingreifen konnte, wolle es nicht in eine Klemme geraten. Es kommen aber doch einige Begleitmomente hinzu, die das deutsche Volk nicht verfehlt. Da ist zuerst die Reise des Kaisers nach England. Der lang andauernde Aufenthalt des Kaisers dort gab den Anlaß zu allerhand Konjunkturen. Man sprach von einem Bündnis mit England. Eine Verbesserung unseres Verhältnisses zu England wäre ja gewiß erwünscht. In China ist England unser natürlicher Verbündeter. Daher ist die Frage berechtigt, welche Bedeutung die Reise des Kaisers für unser Verhältnis zu England hat. Ferner möchte ich gegenüber den Vermutungen in einem Teil der Presse über den neuen König von England (Lachen, rechts) — ohne natürlich als dessen Verteidiger auftreten zu wollen (Wahl rechts) — die weitere Frage an den Reichskanzler richten, ob der Thronwechsel in England für uns irgend welche politische Bedeutung hat. In einzelnen Beziehungen hat aber doch die Reise des Kaisers Mißstimmung erregt. Gewiß, die Welt ist in allen Ehren, was hat aber damit Lord Roberts zu thun (Sehr richtig), die Verleihung des höchsten preussischen Ordens an den Oberbefehlshaber im Boerenkrieg. Wir wollen nicht eingreifen in das Recht, Günstigbezeugungen zu erteilen, und glauben auch nicht, daß die internationale Lage durch solche gelegentlichen Günstigbezeugungen beeinflusst wird. Aber diese Auszeichnung des Lord Roberts hat doch in weiten Kreisen nichts weniger als Zufriedenheit geschaffen. Selbst die „Arenz-Zeitung“ giebt ihren schweren Bedenken über diese Ehrung Ausdruck. Angesichts dieser Anschauung nicht nur berufsmäßiger Köpfer, sondern erstere Männer über die hyperpreussische Politik gegen England entsteht die Frage, ob uns diese Politik nicht isoliert. Wie steht es mit dem Dreieck? Der Draht nach Rußland darf nicht zerhackt werden, das ist ein alter Satz. Nach den heftigen Angriffen der russischen Presse auf uns muß man bezweifeln, ob dieser Draht noch funktioniert. Ich erinnere an den Artikel des Finanzministers Mitte gegen den Reichskanzler, ein ganz ungewöhnlicher Vorgang von symptomatischer Bedeutung. Der Herr Reichskanzler ist zu sehr Diplomat, um sich davon beirren zu lassen, und zu sehr Gentleman, um in gleichem Tone zu erwidern. Ich gestatte mir aber die Anfrage an den Reichskanzler, welche Bedeutung er jenem Artikel in der russischen Handelszeitung beimißt.

Frei von Sentimentalität und von Familienpolitik muß das Staatsgeschäft gesteuert werden. Es wird aller Anstrengungen der Diplomatie bedürfen, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Das ist nur möglich, wenn der innere Friede gewahrt wird und der Reichstag in wichtigen Fragen nicht übergangen wird. Es gehen Gerüchte von Empfindlichkeiten in hohen Regionen. Hierüber müssen wir Klarheit haben, und weiter muß dem Recht und der Moral auch ihr Recht werden. Der Herr Reichskanzler sagte im Dezember: Ich kann Politik nicht treiben vom Standpunkt der reinen Moral und vom Standpunkt der Vierband auch nicht. Nicht so der erste Teil, gegen den sich von verschiedenen Seiten Widerspruch erhob als Proklamation des Materialismus. Ich lege den Nachdruck auf das Wort „rein“ in dem Ausdruck „reiner Moral“ und fasse das Wort so auf, daß der Idealzustand, die Anwendung des reinen Sittengesetzes, sich nicht erreichen läßt. Ich wünsche, daß eine Politik getrieben wird, die auf der Grundlage der Treue und Gerechtigkeit gegen andre Nationen beruht. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (L.):

Auch ich habe die Frage an den Herrn Reichskanzler zu stellen, wie sind unsere Beziehungen zu andern Ländern, speziell zu Rußland? Im besonderen möchte ich noch Auskunft haben, welche Bedeutung der bekannte Artikel in der russischen Handels- und Industriezeitung hat. (Wahl links.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Der Herr Abg. Schäbler hat die Reise Sr. Maj. des Kaisers nach England zur Sprache gebracht. Ich habe schon heute morgen in den Morgenzeitungen gelesen, daß hierüber eine große Rede von mir zu erwarten wäre. (Heiterkeit.) Dennoch will ich mich nur auf einige ganz allgemeine und sachliche Ausführungen beschränken. Der Besuch Sr. Maj. des Kaisers war weder ein politischer noch ein höfischer, sondern ein rein menschlicher Akt. Einem edlen Juge seines Volkes folgend, ist wie Herr Schäbler schon hervorhob, der Kaiser an das Sterbelager seiner Großmutter geeilt und hat sie zur letzten Ruhestätte geleitet. Wie lange der Entel am Sterbebett der Großmutter weilt und ob er ihrer Beisehung beizuwohnt, ist ausschließlich Gefühlsache und darüber hat nur Sr. Majestät zu entscheiden gehabt.

Das der in einem für das englische Königshaus und Volk scheinbarlichen Moment erfolgte Besuch des Kaisers dort mit warmer Dankbarkeit aufgenommen ist und daß dieser Dankbarkeit öffentlich und lebhaft Ausdruck gegeben worden ist, ist erklärlich und sogar ganz in der Ordnung. Wenn über so eine rein menschliche Empfindungsweise hinaus bei diesem Anlaß in England der Wunsch hervorgetreten ist, friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, so liegt politisch kein Anlaß vor, das Abeln zu nehmen. (Heiterkeit.) Wir können ja nur wünschen, daß es Deutschland und England bescheiden sein möge, in Frieden und für den Frieden zu wirken. Selbstverständlich ist volle und dauernde Gleichberechtigung zwischen dem deutschen und englischen Volke die conditio sine qua non jeden Zusammenwirkens. In unserem Verhältnis zu England hat sich gar nichts politisch geändert, seitdem ich Mitte Dezember von dieser Stelle erklärte, daß wir gern bereit wären, auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme und absoluter Parität mit England in Frieden und Freundschaft zu leben. Wenn also der Kaiser durch seinen Aufenthalt in England und sein Auftreten dort die Bahn frei gemacht hat für die Fortsetzung eines solchen normalen und guten Verhältnisses zwischen Deutschland und England, so ist das für beide Länder und für den Weltfrieden nur nützlich. Gewiß bestehen zwischen Deutschland und England gewisse Reibungsflächen, aber auch viele und notwendige Verührungspunkte. Es ist kein politischer Grund vorhanden, warum wir die Beziehungen zu England nicht ebenso sorgsam pflegen sollten, wie dies andre Mächte thun. Was nun den auch berührten Thronwechsel in England angeht, so ist durch diesen in unsern Beziehungen zu England nichts geändert worden. Es hat vielleicht Leute gegeben, die gehofft haben, daß dieser Thronwechsel eine ungünstige Auswirkung auslösen würde auf die deutsch-englischen Beziehungen. Diese Erwartungen sind glücklicherweise nicht eingetreten. Herr Schäbler hat weiter angedeutet, daß der Besuch Sr. Majestät des Kaisers in England in Widerspruch stünde mit der neutralen Haltung, welche wir gegenüber den südafrikanischen Kriegen einnehmen. Ich habe auch anderweitig häufig gelesen von einer Parallele zwischen dem Besuch des Kaisers in England und dem Nichtempfangen des Präsidenten Krüger in Berlin. Diese Parallele ist doch aber nicht zutreffend. Die Reise des

Präsidenten Krüger verfolgte ausgesprochenen Weise den Zweck, uns in ungewöhnlicher Form zur Einmischung in die südafrikanischen Wirren zu nötigen, während der Besuch des Kaisers in England mit dem südafrikanischen Kriege gar nichts zu thun hat. Gewiß sind dem Kaiser in England Aufmerksamkeit erwiesen worden, und hat der Kaiser diese Aufmerksamkeit erwidert. Ich bestreite aber auf das allerentschiedenste, daß er dadurch irgendwie dem Wohle des Landes zuwider gehandelt hat. Was die Verleihung des schwarzen Adlerordens an Lord Roberts angeht, so hat Herr Abgeordneter Schäbler selbst eingeräumt, daß es lediglich Sache des Königs von Preußen ist, zu bestimmen, ob und wenn er preussische Orden verliehen will. Es handelt sich da um ein verfassungsmäßiges Recht der Krone. Uebrigens ist Lord Roberts keine politische Persönlichkeit, und die ihm erwiesene Ordensauszeichnung hatte keine politische Bedeutung.

Der Herr Abgeordnete Schäbler ist auch zu sprechen gekommen auf unsere Beziehungen zu Rußland und hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Draht nach Rußland nicht zerhackt werden möge und daß die guten Beziehungen zu Rußland sorgfältig gepflegt werden. Ich glaube, daß es kaum einen Akt giebt, zu dem mir gegenüber weniger Veranlassung vorläge. Ich bin davon durchdrungen, daß es eine der vornehmsten Aufgaben unserer Politik ist, zu Rußland die freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen. (Bravo! Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Ich habe darüber niemals einen Zweifel gelassen, weder in meinen Ausführungen vor diesem hohen Hause, noch ganz besonders in meinem thatsächlichen Verhalten. Ich bin davon durchdrungen, daß die deutschen Interessen und die russischen Interessen in den allermeisten Punkten Seite an Seite gehen, und daß es keinen Punkt giebt, wo bei gegenseitigem guten Willen sich die deutschen und russischen Interessen zu durchkreuzen haben. (Sehr richtig! Bravo! rechts und im Centrum.) Aber auch in dieser Richtung verlangen wir volle Gleichheit. Deutschland ist nicht mehr auf das Ausland angewiesen (Sehr richtig! rechts), noch das Ausland auf uns, weder in politischer noch in wirtschaftlicher Beziehung. (Lebhafter Bravo! rechts und im Centrum.) Von zwei Seiten ist ein Artikel zur Sprache gebracht worden, der in einer russischen Zeitung erschienen ist und der sich beschäftigt mit untrutzulässigen Zolltarifvorläge und mit der Rückwirkung dieser Vorläge auf die deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Was die in diesem Artikel enthaltenen und von Herrn Dr. Schäbler unterstrichenen Liebenswürdigkeiten für mich angeht, so werde ich selbstverständlich nicht darauf reagieren. (Bravo! im Centrum und rechts.) teils weil ich im wesentlichen doch daran festhalte, daß es so ist, Meinungsverschiedenheiten zwischen befreundeten Mächten auf diplomatischem und nicht publizistischem Wege auszugleichen, teils aber auch, weil ich es mir zur Ehre anrechne, wenn ich vom Ausland deshalb angegriffen werde, weil wir die deutsche Landwirtschaft keine Quantität negligeable ist. (Lebhafter Beifall rechts.) Ueber diesen Artikel möchte ich folgendes bemerken. Wir wissen alle, daß auch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen großen Ländern erprießlich nur sein können auf dem Wege des gegenseitigen Entgegenkommens, aber jede Regierung hat das Recht und die Pflicht abzuwägen, wie weit sie gehen kann mit Konzessionen, ohne die Interessen des eignen Landes zu schädigen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir diese Interessen des eignen Landes vertreten und mit Nachdruck verteidigen und schützen, so liegt darin noch keine feindselige Gesinnung gegen bisherige und wie wir hoffen auch zukünftige Handelsfreunde und kein Akt der Feindseligkeit gegen befreundete Mächte, und wir halten an der Hoffnung fest, daß es auch in dieser Beziehung mit den befreundeten Mächten zu einer Verständigung kommt. Aber die Devise kann immer nur die Reciprocität sein, die volle Unabhängigkeit. (Bravo! rechts und im Centrum.) Wenn dagegen von irgend einer Seite, sei es von Süd oder Nord, sei es von West oder Ost, uns zugemutet wird, irgend einer fremden Macht, wer sie auch sei, unter allen Umständen und in allen Lagen ohne Unterschied und ohne Rücksicht auf die Folgen, Konzessionen zu machen, so wäre das nicht mehr Freundschaft, sondern Vasallenum. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Und da müssen wir uns erinnern an das Wort Friedrichs des Großen: „Ich werde mir ein Vergnügen daraus machen, der Freund meiner Nachbarn zu sein, aber so lange meine Augen offen sein werden, werde ich nicht ihr Diener sein.“ Es wird aber niemand versuchen, uns solche Vasallenpolitik aufzuzwingen, wenn wir uns nur selbst treu bleiben. (Bravo! rechts.)

Unsere auswärtige Politik wird heute so wie früher weder durch Liebe noch durch Haß, weder durch verwandtschaftliche Rücksichten noch durch verwandtschaftliche Beziehungen bestimmt, sondern durch ein ruhiges und nüchternes Abwägen dessen, was im Interesse des Landes liegt. Unsere auswärtige Politik kennt keine verwandtschaftlichen Beziehungen. Große Fürsten haben in der Politik keinen Verwandten, hat Friedrich der Große gesagt. Dies Wort ist heute gerade so zutreffend, wie es zutreffend war vor 160 Jahren. Man kennt Sr. Maj. den Kaiser nicht, wenn man glaubt, daß für seine Haltung andre Motive maßgebend seien als die gewissenhafte Fürsorge für das Reich und dessen Zukunft, und man würde mich sehr wenig kennen, wenn man glaubte, ich wäre für eine andre Politik als für eine nüchternen Realpolitik, die ich kurz dahin definieren möchte: gute und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten, die in Frieden und Freundschaft mit uns leben wollen aber unter voller Wahrung und Aufrechterhaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, auf welche das deutsche Volk durch seine Kämpfe, durch seine Arbeit und seine Kulturhöhe ein unüberäußerliches Anrecht hat. (Lebhafter Beifall rechts, im Centrum und bei den Rationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soc.) (Aufe rechts: Oh! Ein großer Teil der Rechten verläßt den Saal.):

Der Kern der Anfragen an den Reichskanzler war agrarpolitischer Natur und seine Antwort auch. Nachdem Sie (nach rechts) in dieser Hinsicht eine vollkommen befriedigende Antwort erhalten haben, verweise ich ja, daß Sie jedeswegs Interesse an den weiteren Verhandlungen verlieren und aus dem Hause hinausgehen. (Sehr gut! links und große Heiterkeit.) Für uns liegt kein Anlaß vor, auf die ganz allgemein gehaltene Erklärung des Reichskanzlers über unser Verhältnis zu Rußland einzugehen. Das wird erst geschehen, wenn die Regierung mit dem neuen Zolltarif hertritt, der künftig unser Verhältnis zu Rußland bestimmen. Für uns ist die Hauptfrage der auswärtigen Politik unser Verhältnis zu England in Hinblick auf die Kämpfe in Südafrika. Die Reden des Herrn Schäbler und des Reichskanzlers variieren das Thema, das das „M. Journal“ in den Satz gefaßt hat: „Gott schütze den König Edward, Gott segne die tapfern Boeren.“ (Heiterkeit.) Wir sind es gewohnt, daß die auswärtige Politik hier nicht erstlich und gründlich behandelt wird. Man hält sich in den Mantel der Staatsmännlichkeit. Die offizielle Presse verläßt dann den Namen des Reichskanzlers, dafür legt ein interessanter Beweis vor. Nach der Rede des Reichskanzlers im Dezember hat das Antsklaff für das deutsche Kaiserthum Gebiet vom 23. Dezember folgende Depesche gebracht: „Im deutschen Reichstag hat eine vierstündige scharfe Debatte über die neuliche Zurückweisung des Präsidenten Krüger in Berlin stattgefunden. Graf v. Bülow gab infolgedessen eine Erklärung, die allgemeine Befriedigung hervorgerufen hat. Er legte die nüchternen Thatsachen dar, und hat damit den deutschen Enthusiasmus für die Boeren, der auf irrtümlicher Voraussetzung beruhte, gründlich zerstört.“ Eine derartige Thätigkeit der Offizien ist ein Abschanden, der unserem ganzen politischen Leben anhaftet. Ueber die Vorgänge in Deutschland selber werden ganz lägenhafte Berichte ins Ausland gesandt, und aus dem Auslande wieder kommen lägenhafte Berichte durch die maßgebende englische Presse, durch das Reutersche Telegraphenbureau usw. aus Südafrika zu uns. Ich hoffe, daß der Herr Reichskanzler doch mit uns die Empfindung teilen wird, daß es auch ihm nicht angenehm sein kann, wenn so fürchterlich von der offiziellen

Presse über seine Erfolge gelogen wird. Wenn die offiziellen Gerölbe seines Ruhms über seinen heutigen Erfolg wiederum ähnliche Nachrichten im Auslande zu verbreiten suchen, dann wird er hoffentlich dagegen einschreiten. Vollständig wird es ja nie gelingen, so lange die gesamte öffentliche Meinung in Deutschland und andern Ländern durch derartige offiziöse Presse beeinflusst wird. Das einzige Mittel liegt darin, daß die gesamten Parteien unter sich eine unabhängige Berichterstattung aus dem Auslande sich verschaffen. — Der Reichskanzler hat heute wiederholt, Deutschland bestreibe sich im Verhältnis gegen England und gegen die Boeren der striktesten Neutralität. Bei Nichtertrag steht die strikteste Neutralität ganz anders aus. Niemand verlangt von der Regierung, daß sie mit Waffengewalt in den südafrikanischen Krieg eingreift oder daß sie diplomatische Schritte thut, die einen Krieg herbeiführen können. Gegen eine solche Zumutung brauchte sich der Reichskanzler gar nicht mehr zu verwahren. Aber zwischen einer solchen Einmischung und der strikten Neutralität, wie wir sie verlangen, besteht doch ein großer Spielraum und innerhalb dieses Spielraums hat die deutsche Regierung sich allerdings verschiedene Unterlassungs- und Thatsünden zu Schulden kommen lassen. Ich erinnere nur an die Nachricht, daß eine Düsseldorfser Firma Batterien nach Südafrika geliefert habe. Auch die Firma Krupp will nicht mehr von Waffenlieferungen Abstand nehmen. Derartige Lieferungen von Geschützen könnte die Regierung ohne weiteres verhindern. Eine strikte Verletzung der Neutralität aber sind die geheimen Verhandlungen zwischen Deutschland und England wegen einer eventuellen Aufteilung der portugiesisch-südafrikanischen Kolonien. Kommt ein Teil des südafrikanischen Besitzes von Portugal in die Hände von England, so ist das offenbar ein Schaden für die südafrikanische Politik. Offiziell ist der Bannum nicht wiederproben worden, daß die Engländer in nicht zu fernem Zukunft in den Besitz der Delagoa-Bai kommen werden. Es ist allgemein bekannt, daß Cecil Rhodes der Anführer des Jameson-Aufzugs gewesen ist, und doch haben sich Mitglieder der deutschen Reichsregierung, Leute, die in Bezug auf auswärtige Politik in Deutschland ein maßgebendes Wort sprechen, sich nicht scheut, mit Cecil Rhodes persönliche Verhandlungen über Abmachungen in Afrika anzuknüpfen. Ich finde, daß ein sehr auffälliger Mangel an vornehmer Gesinnung sich darin andrängt, wenn man sich mit Cecil Rhodes zu Tisch setzt und dem Präsidenten Krüger die Thür weist. Cecil Rhodes hätte die Thür gewiesen werden müssen, das ist aber leider nicht geschehen.

Sehen wir uns jetzt diejenigen Fälle an, in denen thatsächlich die Regierung es in der Hand hatte, in wohlwollender Weise für die südafrikanischen Republiken ohne Verletzung der Neutralität gegenüber England den humanitären Bestrebungen eine praktische Folge zu geben. Vor Jahresfrist hat der Reichskanzler auf unre Aufforderung hin erklärt, daß man nächstens die Astenstücke über die Haager Konferenz veröffentlichen würde. Dies ist bis heute nicht geschehen. Das ist sehr bedauerlich, da gerade aus dieser Veröffentlichung dokumentarisch hervorgehen müßte, daß die Reichsregierung allerdings die Handhabe zur Verwirklichung der humanitären Bestrebungen in Südafrika hat. Die russische Regierung soll Teile der Deklarationen aus den Haager Verhandlungen veröffentlicht haben, die sich auf das Verbot des Verbrauchs von Dumdumgeschossen und Habbitomben erstreckten. Daß die Engländer diese Geschosse in Südafrika gebraucht haben, ist unbestreitbar. Sie geben es neuerdings selbst zu. Ja, sie haben sich dessen gerühmt. Hier hätte die deutsche Regierung wie jede andre Regierung in Europa die Pflicht gehabt, gegen eine derartige Verletzung der Haager Konvention Einspruch zu erheben, und zwar ohne die Neutralität gegen England zu verletzen. England ist der Haager Abmachung ja selber beigetreten und die Ausrede ist nicht am Plage, daß die südafrikanischen Republiken auf der Haager Konferenz nicht vertreten gewesen wären und deshalb keinen Anspruch auf Berücksichtigung dieser Bestimmungen hätten. Sie waren deshalb nicht vertreten, weil England Einspruch dagegen erhob, welches alle auswärtigen Beziehungen der südafrikanischen Republiken mit den europäischen Ländern zu regeln beanspruchte. Am so mehr muß England verpflichtet, seinen Schutzbeschlüssen gegenüber diese Abmachungen gelten zu lassen, die im Interesse der ganzen europäischen und der Weltkultur getroffen waren. Gegen die Verletzung dieser Abmachungen durch England hätte Deutschland Einspruch erheben müssen, und sämtliche europäischen und amerikanischen Regierungen hätten sich diesem Einspruch angeschlossen. Für die Ausschreitungen englischer Soldaten in Südafrika liegen Beweise vor, die keine Regierung Europas ablegen kann. Es steht fest, daß eine zum Entsatz der von den Boeren belagerten Stadt Mafeking aus Engländern und Koffern bestehende Truppe über isolierte Boerenfarmen hergefallen ist und dort Frauen und junge Leute ermordet hat. Ja, sie haben noch Schlimmeres begangen und Frauen und Mädchen vergewaltigt. Die eidligen Auslagen darüber liegen vor. Die „Arenz-Zeitung“ hat eine Zuschrift darüber veröffentlicht, die unterzeichnet ist: Freiherr von Dalmwig, königl. preussischer Rittmeister a. D., gegenwärtig Kapitän und Vatteriechef in der Boerenarmee.“ Diese Zuschrift eines königl. preussischen Offiziers wird auch durch eine Zuschrift vom 16. Dezember aus Johannesburg an die Frankfurter Zeitung bestätigt. Da wird hervorgehoben, daß einige der vergewaltigten Mädchen im Hospital zu Johannesburg krank an Syphilis liegen. Die Wahrheit dieser Vorläufe kann nicht bestritten werden, wenn auch Herr von Dalmwig inzwischen gefallen ist. Hier hätte die Regierung sich nicht darauf beschränken dürfen, was auf antlichem Wege zu ihrer Kenntnis gekommen war. Sie hätte direkt Auskunft einziehen müssen mit Hilfe des diplomatischen Körpers. Ich möchte von dem Vertreter des Auswärtigen Amtes Auskunft über diesen Punkt erbitten. Hat der Vertreter des Auswärtigen Amtes nur irgendwelche Schritte gethan, um zu erfahren, ob diese Nachrichten wahr sind, und ist das der Fall, dann war es auch die Pflicht der Regierung, in England gegen derartige Vorläufe zu rekonstruieren. Freilich sind unsere eignen Truppen in China von dem Boerwurf nicht freizusprechen, daß sie ähnliche Ausschreitungen sich haben zu Schulden kommen lassen. Ja entscheidende Persönlichkeiten haben sie ja zu inhumanen Handlungen aufgefordert. Wenn man in Deutschland so etwas auf dem Herbolz hat, dann hat man allerdings seine Stellung im Auslande zur Geltendmachung humaner Grundzüge in der Kriegsführung schwer geschädigt. Daß Deutschland in diese unangenehme Position hineinkommen konnte, hängt zusammen mit den ungeheuerlichen Zuständen in unserer inneren und äußeren Politik, mit unsern ganzen politischen System, daß einzelne Persönlichkeiten maßgebenden Einfluß ausüben.

Herr v. Kardorff, der mit dem russischen Hofleben ja genauer Beschaid weiß wie wir, hat jüngst erzählt, daß seiner Auffassung nach den russischen Interessen zuwiderlaufende Beeinflussung auf sich wiegelmütterlichen und latenten Wegen von England her ausgeht wird.

Darin liegt allerdings die scharfste Beurteilung des ganzen absolutistischen und aus dem maskiert absolutistischen Regierungssystems. Die Sache ist ja um so kurioser, als die in England bei Hofe maßgebenden Persönlichkeiten, der König, die Königin, die Prinzen im eignen Lande selber auf die Politik überhaupt keinen neuenswerten Einfluß ausüben können. Nach der Auffassung des Herrn v. Kardorff aber können diese Persönlichkeiten in absolutistisch oder halbabsolutistisch regierten Ländern die Politik des andren Landes beeinflussen zum Schaden dieses Landes. Herr v. Kardorff müßte daraus folgern, daß auch bei uns zu Lande alles Mögliche gethan werden muß, um zu verhindern, daß ein System sich ausbreitet, in dem nach absolutistischen Launen eine Beeinflussung unserer Politik bald

nach dieser, bald nach jener Richtung, vielleicht auf Familien-
einflüsse betriebe werden kann. Wie unheilvoll das ist, werden
wir alle empfunden haben bei der Aufforderung an die nach
China ziehenden Krieger: „Vorden wird nicht gegeben.“ Das
ist höchst bedauerlich und dürfte so bald wie möglich geändert werden.
Der Reichskanzler hat auf die Gunnenrede hin i. S. erklärt, daß er
die volle moralische Verantwortung für die Taten des Kaisers über-
nehme, welche auch von der großen Mehrheit der Nation nicht miß-
verstanden werden. Im Stenogramm steht: Bravo rechts!
Die Herren sind sich wohlweislich nicht darüber klar geworden,
daß dieser Erklärung in höchst verbindlichen Worten eine ganz un-
verbindliche Zusicherung enthält. Man kann eine materielle
Verantwortung freiwillig übernehmen, die juristisch er-
möglichst, denjenigen, der die Verantwortung übernimmt, vor ein
Gericht zu stellen und die Sache prüfen zu lassen. Eine moralische
Verantwortung kann man aber gar nicht freiwillig übernehmen; das
ist ein Widerspruch in sich; denn der Begriff der moralischen Ver-
antwortung setzt den Kaufmann voraus zwischen der That, die
begangen worden ist, und demjenigen, der die moralische Ver-
antwortung trägt. Die Erklärung des Reichskanzlers ist also ein
tönendes Erz und eine klingende Schelle. Wir gehen ja wahr-
scheinlich in der Wertung des Herrn Reichskanzlers sehr auseinander,
aber sicherlich ist niemand in diesem Hause, der dem Reichskanzler
ein solches Mißverhältnis von historischem Wissen, ein solches Miß-
verhältnis von Takt und von allgemeinem Menschlichkeitsgefühl zu-
muten würde, daß man ihm zutrauen könnte, er hätte
die sogenannte Hunnenrede inspiriert. Das ist vollkommen aus-
geschlossen. Und da auch sonst keine Inspiration von irgend einer
Seite vorliegt so ist es ganz widerum, wenn der Reichskanzler er-
klärt, er übernehme die moralische Verantwortung für eine
Rede, die Kaiser Wilhelm II. ausschließlich selbst zu tragen hat, vor
Welt und Nachwelt. Das Urteil, das da über ihn gefällt
werden wird, dürfte allerdings anders lauten, als das der
deutschen und englischen Höflinge. Wir halten den südafrikanischen
Krieg für ein Verbrechen und das Ziel, das den herrschenden Klassen
in England dabei vorschwebt, für ebenso gefährlich für die Kultur
nicht bloß Afrikas, sondern der ganzen Menschheit, wie es auch unsere
englischen Gefinnungsgenossen selber thun. Wir sind auch in dieser
Politik in vollem Einklang mit den socialdemokratischen Arbeitern,
sogar den gewerkschaftlichen Engländern.

Um die Tragweite dieses Krieges hat man sich sehr wenig ge-
kimmert. Unsere Alldutschen waren mehr oder weniger geleitet
von einem gewissen Konturreiz auf die imperialistische aus-
wärtige Politik Englands. Ihr sogenannter Engländerhaß rührt
daher, weil sie den Engländern ihre Kolonien nicht gönnen und
für Deutschland selbst ein ähnliches Kolonialreich herbeisehnen.
Deshalb müßten diese Herren der Regierung den Weg weisen,
ohne ihn noch zu machen. Sie fühlen sich eins mit der Regierung
in den imperialistischen Bestrebungen, die auch bei uns gehegt
werden und nichts sind als eine schwächliche Nachahmung
des englischen und russischen Imperialismus. Diesem Transvaal-
krieg liegt vor allem der Drang zu Grunde, die Verfügungs-
freiheit über die Goldminen in Transvaal in die
Hand zu bekommen und dort ein Arbeitssystem durchzuführen,
das eine schärfere Ausbeutung der weißen und schwarzen Arbeiter
ermöglicht als bisher. Das weitere Streben geht dahin, in Süd-
afrika ein einheitliches englisches Reich zu errichten, in das die Boeren
einverleibt werden. Cecil Rhodes ist der ausgesprochene englische
Imperialist in höchster Förmlichkeit. Gelingt es den Engländern,
wie es ja leider den Anschein hat, die Boeren niederzubringen,
gewaltfam zu anglisieren oder auszutreiben und dort ein einheitliches
englisches Kolonialreich zu errichten, so würde das eine höchst kul-
tur-schädliche Wirkung haben.

Wenn Deutschland nicht bald umlenkt, werden wir über kurz
oder lang zu denselben ilden und schlechten Erfahrungen geführt
werden, die wir gegenwärtig in England sehen. Für uns
ist es ziemlich gleichgültig, ob der Kaiser Schwabe in England macht,
und wenn er Orden giebt. Durch diese Ordensverleihung kann höchstens
die ganze Ordenswirtschaft allmählich in Mißkredit gebracht werden.
Wir verlangen die Abkehr von der imperialistischen Politik, die Ab-
kehr von dem englischen und russischen Beispiel, dessen Befolgung
uns schließlich nur zum Unheil und Verderben gereichen wird. (Bravo!
bei den Socialdemokraten.)

Abg. Wassermann (natl.):

Wie Neues haben wir ja heute vom Herrn Reichskanzler nicht
gehört, aber es ist doch immerhin erfreulich, alte Wahrheiten, auch
wenn sie bis zu einem gewissen Grade selbstverständlich sind, wieder
von neuem zu hören. (Heiterkeit.) Aber er hat wenigstens die Uebel
zerstreut, als wenn feste Abmachungen mit England vorlägen, die
sich gegen Rußland richten. Allen solchen Vermutungen ist durch
seine heutige Erklärung die Grundlage entzogen. Wir begrüßen es,
daß die deutsche Politik Rußland gegenüber eine feste sein werde,
auch soweit die Verhandlungen über den neuen Handelsvertrag
in Frage kommen. Wir haben das Vertrauen zu dem Herrn Reichs-
kanzler, daß er sich nach wie vor leiten lassen wird von einem ge-
sunden nationalen Egoismus. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Es ist von der Ordensverleihung an Lord Roberts geredet
worden. Der Herr Reichskanzler hat behauptet, die Ordens-
verleihung sei ein besonderes Kronrecht. Dem muß ich aber
entschieden widersprechen. Es giebt keine besondere Art von Kron-
recht. Für die Ausübung jedes Kronrechts ist der
Minister verantwortlich und sie unterliegen
der parlamentarischen Kritik. (Sehr richtig! links.)
Der Herr Reichskanzler hat das auch zugegeben, indem er auf die Gründe
der Ordensverleihung hinwies. Er sagte, Lord Roberts sei
keine politische Persönlichkeit. Zur Zeit der Ordensverleihung
war das allerdings nicht der Fall. Vorher aber war Lord Roberts
als Oberbefehlshaber im südafrikanischen Kriege eine sehr hervor-
ragende politische Persönlichkeit. (Sehr richtig! links.) Wir
haben nie verschwiegen, daß wir die Sympathien für die
Boeren durchaus teilen, wenn wir auch nicht eine Politik des
Herzens verfolgt wissen wollen und daher keine politische Aktion aus
diesen Sympathien hergeleitet wünschen. Bei der allgemein herrschen-
den Sympathie für die Boeren müßte aber diese Ordens-
verleihung Anstoß erregen, und daß diese Erregung auf der
Rechten grüßte, erkläre ich mir daher, daß diesen Herren
diese **höfliche Spielerei** näher steht wie uns. (Heiterkeit links.)

Unsere Stellung zu Rußland hat sich seit dem Dezember
wesentlich geändert. Der Schlüssel scheint in China zu liegen.
Vielleicht erhalten wir bei der Beratung der neuen China-
vorlage nähere Auskunft darüber. Die Auslassungen der
russischen offiziellen Presse beweisen nur, daß jede offiziöse Presse
nur dazu dient, die bestehenden Gegensätze zu verschärfen. (Sehr
richtig! links.) Handel und Industrie können nicht sicheren
vertragsmäßigen Beziehungen entbehren. Bes-
onders haben auch die Konjunktur ein Interesse daran, daß sie
nicht durch Vertreibung der notwendigen Lebensmittel
als quantitativ nehmlich behandelt werden. Kein Staat kann heute
in seiner wirtschaftlichen Abgeschlossenheit leben. Das ist selbst China
nicht gelungen. **Wir machen dem Herrn Reichskanzler den
Vorwurf, daß er die internationalen wirtschaftlichen Interessen
nicht hinreichend gewahrt hat!** (Bravo! links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antij.):

Der Herr Reichskanzler hat festgestellt, daß zwischen uns und
Rußland keine Auswegspunkte und daß zwischen uns und England
manche Reibungsfragen vorhanden sind. Diese Feststellung von
so hoher Stelle war sehr interessant. Doch die Nacht des
Herrn Reichskanzlers hat ihre Grenze an den Schranken, wo sie
volo sic jubeo steht. Er sagt: „Blut ist dicker als Wasser“
wird im deutschen Volke nicht für England, sondern gegen England
angewendet. Wir erkennen in den Boeren das alte germanische Blut,
nicht in den Engländern. Wir müssen protestieren gegen die
fortwährenden Verletzungen der Neutralität durch die
Lieferung von Waffen und Konserven an England. In den
Zeitungen ist gesagt worden, der Reichskanzler würde die Alldutschen
mit Thor's Hammer zerschmettern. Ich möchte lieber das Bild ge-

brauchen, daß er mit der Wurst noch dem Speck wirft. (Heiterkeit.)
Der Reichskanzler hat erklärt, die Verleihung des Schwarzen Adler-
ordens an Lord Roberts habe keine politische Bedeutung. Das ist
eine neue Ansicht, früher war man anderer Meinung. Andere
Zeiten, andre Sitten! Möge Lord Roberts die Zukunft des
Schwarzen Adlerordens beherzigen: „Jedem das Seine“, das heißt,
den Boeren Anerkennung ihrer Selbstständigkeit und Unabhängigkeit
und den Boeren Freiheit, den Engländern das Stropfergericht der
Weltgeschichte, den Boeren Heil und Sieg, den Engländern nieder-
deutsche Hiebe! (Heiterkeit.)

Reichskanzler Graf Bülow:

Der Herr Abg. Richter hat am Schluß seiner Ausführungen der
Ansicht Ausdruck gegeben, daß ich das Interesse von Handel und
Industrie nicht genügend wahrnehme. Ich glaube, daß ich
weder in meinem tatsächlichen Verhalten noch irgend-
wie in meinen Auslassungen Grund gegeben habe zu
diesem Vorwurf. Wenn ich meine politischen Anschauungen ganz
kurz definieren soll, so kann ich nur wiederholen, was ich bereits im
preussischen Abgeordnetenhaus gesagt habe: Meines Erachtens hat
die Regierung in erster Linie die Pflicht, die gesamten wirt-
schaftlichen Interessen des Landes in Betracht zu
ziehen. Je mehr ihr das gelingt, um so besser wird ihre
Wirtschaftspolitik sein. Je schärfer die Interessengegensätze
in Deutschland geworden sind, und sie sind, wie wir wissen
das alle, sehr scharf geworden, um so mehr hat die Re-
gierung die Pflicht, sich über den Parteien zu halten,
das Ganze ins Auge zu fassen und auf das Ganze zu gehen.
Ich erinnere mich, einer politischen Debatte in diesem Hause be-
gegnet zu haben, wo sehr anschaulich geschildert wurde, wie sich
die Wünsche der verschiedenen Interessenten widersprechen. Ich selbst
erhalte jetzt jeden Tag eine Reihe von Briefen, Eingaben und
Resolutionen, wo ich gebeten werde, einer Erhöhung der Getreide-
zölle zuzustimmen, und gleichfalls eine Reihe von Briefen, Eingaben
und Resolutionen, wo ich beschworen werde, mich einer solchen Erhöhung
zu widersetzen. Es geht ebenso wie in der Fabel des alten Aesop,
wo der Gärtner um Regen bittet und der Topfer um Sonnenschein.
Es ist die Aufgabe der Regierung, gemeinsam mit der
Vollvertretung, mit ihrer Hilfe und mit ihrer Unterstützung
eine möglichst richtige und gerechte Diagonale zu finden, die ver-
schiedenen Interessen abzuwägen und die sich widersprechenden aus-
zugleichen. Nicht nur das Zustandekommen eines verständigen Zoll-
tarifs und guter Handelsverträge, sondern unsere wirtschaftliche Zu-
kunft hängt ab von solchem vertrauensvollen Zusammen-
wirken zwischen den verbündeten Regierungen und diesem
hohen Hause im Geiste ausgeglichener Gerechtigkeit. **Daß die
Landwirtschaft als derjenige Produktionsstand, von dem die
Selbstständigkeit und Unabhängigkeit des Reichs nach außen
und die innere Wohlfahrt des Lands abhängt, ein volles
Anrecht hat auf die eifrigste Pflege und Förderung von Seiten
der Regierung, davon bin ich allerdings durchdrungen.** (Bravo!
rechts und im Centrum.) Auf eine solche Forderung hat die Land-
wirtschaft um so mehr Anrecht, als sie schwere und harte Zeiten
durchgemacht hat, die noch nicht überwunden sind. Wir werden uns
unter Pflicht gegenüber der Landwirtschaft bei der Aufstellung
des neuen Zolltarifs nicht entziehen. (Bravo! rechts und im
Centrum.) Ich halte eine Erhöhung der Zollsätze für Ge-
treide und insbesondere für Weizen und Roggen für
unerlässlich. (Bravo! rechts.) Dieser Erhöhung ist eine
Grenze gesetzt durch die gebotene Rücksichtnahme auf die Erhaltung
der Leistungsfähigkeit und Exportfähigkeit unserer Industrie und auf
die Wahrung günstiger Lebensbedingungen für den deutschen
Arbeiter, dessen Wohl den verbündeten Regierungen
und der Mehrheit dieses Hauses gerade so sehr am Herzen
liegt, wie Ihnen (nach links). (Sehr richtig! rechts und im Centrum.)
Von der allergrößten Bedeutung ist es, daß sich alle Erwerbs-
stände in guten Verhältnissen befinden. Wenn nur die eine
Halbte der Bevölkerung prosperiert, so ist das auch nachteilig
für den deutschen Arbeiter, für den niedrige Lebensmittelpreise
nicht das wesentlichste sind. Auch für den Arbeiter ist es von
Bedeutung, daß es allen Erwerbsständen gut geht. Die Erhöhung
der Zollsätze muß also besonders sorgfältig erwogen werden. Ueber
das Maß der Erhöhung muß heute hier auszusprechen, ist mir nicht
möglich, weil noch keine Beschlussfassung des Bundesrats über die
Zolltarifvorlage vorliegt, und einer solchen Beschlussfassung vorge-
greifen nicht meiner Auffassung von den Rechten der Bundes-
regierungen entspricht.

Was die Erneuerung der Handelsverträge angeht, die Herr
Richter berührte, so werden auch diejenigen, die der Ansicht sind,
daß der Abschluß der Handelsverträge von 1893 dem Lande zum
Segen gereicht hat, glauben, daß diese Handelsverträge ver-
besserungsfähig und verbesserungsbedürftig sind.
Die neuen Handelsverträge können nicht eine einfache Ab-
schrift der alten sein. Sie sollen die Mängel, Fehler
und Lücken, die die früheren Verträge hatten, verbessern und be-
seitigen. Das aber möchte ich entschieden betonen, daß es unier
Wunsch und unsre Absicht ist, auf annehmbarer Basis wieder zu
Tarifverträgen mit andern Staaten zu gelangen. Die Sicher-
heit, für eine bestimmte Reihe von Jahren mit feststehenden Be-
dingungen für den Export rechnen zu können, ist nicht nur von Bedeu-
tung für den Handel sondern auch für die Landwirtschaft.
Wenn die vorausgesetzlichen Nebenmaßnahmen aus den Zöllen be-
deutend sein würden, so würde ich vorschlagen, solche Nebenmaßnahmen,
speziell aus den Zöllen auf Lebensmittel, im wesentlichen zu ver-
wenden zu Verbesserungen der Wohlfahrts-Einrichtungen im Interesse
der minder bemittelten Klassen der Bevölkerung.

Wir wohnen auf wirtschaftlichem Gebiete uns gegenüber unsren
Nachbarn nicht zu Leidenschaftlichkeit und Kurzsichtigkeit, die immer
Unheil stiften, wenn sie zusammenkommen, hürchen lassen, nicht zu
einer handelspolitischen Verkümmung, deren Kosten nachher das
Land tragen muß. Unsere zollpolitische Gesetzgebung wird nur
von nationalen deutschen Gesichtspunkten inspiriert sein. (Lachen
links.) Wir werden den berechtigten Anforderungen aller Faktoren
auf wirtschaftlichem Gebiete Rechnung tragen und nur das Gesamt-
wohl wird für uns maßgebend sein. (Bravo! rechts, im Centrum
und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Ainkowkron (l.):

Es ist sehr schwer, in Fragen der auswärtigen Politik Urteile
abzugeben, da die Kenntnis der Einzelheiten fehlt. Die Rede des
Abg. Lebedeur, die uns vor dem Auslande diskreditieren könnte,
wenn sie irgend welche Bedeutung hätte, wird vom Auslande
sicherlich richtig eingeschätzt werden. — Die russische Regierung wird
von den russischen Landwirten zu ihrer Haltung gedrängt. Das ist
begreiflich, aber nicht schön ist es, daß unsere freihändlerische Presse
die Auslassungen Wittes zum Kampf gegen die Getreidezölle benützt.
(Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Die Grundsätze, die Graf Bülow im Dezember über die aus-
wärtige Politik aufgestellt hat, haben im Volk den tiefsten und
schmerzhaftesten Eindruck gemacht. Sie stehen auch im Widerspruch zu
den salbungsvollen Wendungen, die in internationalen Vereinbarungen
gedrückt sind. Der Reichskanzler ist uns bei der Verteilung
seiner englandfreundlichen Politik den Beweis für manche
Wendung schuldig geblieben. Warum ist jetzt Gemein-
politik oder gar Vierbankpolitik — von der parlamen-
tarischen Zulässigkeit dieser Wendung abgesehen — was vor
5 Jahren antilige Politik der deutschen Reichsregierung war? Das
deutsche Volk vermag die Politik durchaus nach realpolitischen Gesichts-
punkten zu beurteilen. Da sollte man nicht mit Redensarten um sich werfen,
die sehr an die Wendung von beschränkter Unterhandlungsstand erinnern.
Die Frage, ob wir wirklich den Boeren gegenüber Neutralität be-
wahren, ist durchaus berechtigt. In den letzten Monaten haben sich
die Verhältnisse geändert. Man kann jetzt direkt von einem
Vändnis zwischen uns und England sprechen. Ja habe gar nichts
gegen ein solches Bündnis, wenn es vorteilhaft für uns ist. Die
englisch-portugiesischen Abmachungen aber sind aus der deutschen
Kolonialhaus geschnitten. Wir sind England gegenüber im Stande
der Zinigkeit. Kleine Vorgänge sind hierfür symbolisch, z. B. die

Art der der Marine und der Armee vorgeschriebenen Art der Trauer-
bezeugungen beim Tode der Königin Victoria. Was für
ein Wesen ist auch aus der Fahrt des Kron-
prinzen nach England gemacht worden. Da
ist der Kaiser zum englischen Feldmarschall ernannt worden. Die Art,
wie er für diese Ehre in einem Augenblick dankte, wo England in
einen Krieg mit einem uns befreundeten Staate verwickelt ist,
machte diese Angelegenheit zu einer deutschen Staatsangelegenheit.
Darauf müßte der Reichskanzler den Kaiser aufmerksam machen.
Endlich die Verleihung des Schwarzen Adlerordens. Gewiß hat der
König von Preußen das Recht, diesen Orden jedem zu verleihen, wem
er will. Auch halte ich diese Verleihung für eine höchst-
dynastische Angelegenheit, aber unverständlich ist doch diese
Auszeichnung des früheren Oberbefehlshabers der südafrikanischen
Armee der Engländer. Aus militärischen Gründen
kann die Verleihung auch nicht erfolgt sein, sonst hätte
Christian De Wet viel mehr diese Auszeichnung verdient.
Bei Denkmalsenthüllungen und ähnlichen Gelegenheiten ist das Volk
in Festtagstimmung, aber die Vertagstimmung ist doch
eine ganz andre. Unsr Pflicht ist es, die wahre Volks-
stimmung rückhaltlos zum Ausdruck zu bringen. Wir sind
bereit, unserm Kaiser Heeresfolge zu leisten, aber wir bitten dann
auch um Schonung unser Empfindungen, die nicht
deswegen die schlechtesten sind, weil sie echt deutsch sind. (Bravo!
bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Certeil (l.):

Erörterungen über die auswärtige Politik hier im Hause sind ja
immer schwierig und besonders heute, wo die Stellung unserer Regierung
im auswärtigen Konzert gewiß keine leichte ist, und wo andererseits die
Stimmung im Volk von keinem besonderen Vertrauen zu der Re-
gierung getragen ist. — Wir wollen uns in unserer auswärtigen
Politik nicht durch Sympathien und Antipathien leiten lassen, sondern
nur von der zwingenden Rücksicht auf unser eignes wohlverstandenes
Interesse und auf das, was wir für Recht halten. Vielsach herrscht im
Volk die Meinung, daß unsre Politik diesen Weg nicht eingehalten hat.
Wir sollen darauf stolz sein, deutsche Bürger zu sein. Die Voraus-
setzung dafür ist aber, daß die Interessen der Deutschen im Aus-
lande mit der größten Entschiedenheit gewahrt werden. Drittens
fürchtet man sich vor einer allzu großen Intimität mit
den britischen Reich. Wir sind keine Englandhasser,
aber wir müssen uns doch in acht nehmen, daß wir
nicht das, was wir auf der einen Seite vielleicht zu ge-
winnen glauben, auf der andern wieder verlieren. Das Reciprocitäts-
verhältnis fehlt leider bei unsren Beziehungen zu England. Ich
erinnere an die englische Unfreundlichkeit bei der Beschlagnahme
deutscher Dampfer und die unfreundliche Behandlung unsrer Konsuln.
Staatssekretär des Auswärtigen Amt's **Freiherr v. Richthofen:**

Durch die Waffenlieferungen deutscher Firmen nach England soll
unsre Neutralität verletzt sein. Es ist aber keine Verletzung
des Völkerrechts, wenn ein Verbot an Private, Waffen
oder Lebensmittel an eine der kriegsführenden Mächte zu
liefern, nicht ergeht. Keine andre Macht, zum Beispiel
auch nicht Holland, hat ein solches Ausfuhrverbot erlassen.
Ein solches Verbot wäre auch für unsre Arbeiter nachteilig, denn
die Unterbrechung der Handelsbeziehungen pflegt keine vorüber-
gehende, sondern eine dauernde zu sein. Weiter ist der Vorwurf
erhoben worden, daß die Interessen der deutschen Unterthanen in
Transvaal nicht genügend gewahrt werden. Unsr Unterthanen
sind aber dort nicht schlechter von den Engländern behandelt
worden als die Unterthanen andrer Länder. Die unfreund-
liche Behandlung unsrer Schiffe seitens der Engländer ist ja wieder
gut gemacht worden. Was den Fall anbetrifft, der aus der
„Adonischen Zeitung“ erwähnt wurde, so ist ja zuzugeben, daß unsre
Konsuln nicht immer sehr freundlich behandelt werden, aber es muß
auch in Betracht gezogen werden, daß allerdings eine große Anzahl
Deutscher in Transvaal die Staatsangehörigkeit erworben hat und
auch gegen England die Waffen getragen hat.

Abg. Frh. Seyl zu Herrnsheim (natl.):

Das Vorgehen der russischen Presse hat auch in den Kreisen
große Verstimmlung erregt, die mit Rußland in Geschäftsverbindung
stehen. Der russische Staat hat seiner Zeit mit dem Vertrag, der
unter dem Grafen Caprioli abgeschlossen wurde, ein glänzendes
Geschäft gemacht. Die Regierung sollte sich durch die russischen
Drohungen nicht beeinflussen lassen, sondern bei der Neuregelung
der handelspolitischen Beziehungen die nötige Festigkeit bewahren.

Abg. Graf Kanitz:

Die persönlichen Angriffe gegen den Grafen Bülow in dem
russischen Artikel können wohl kaum von Verstimmung über seine
Handelspolitik resultieren, denn diese hat stets im Interesse Rußlands
gelegen. Die Verstimmung ist wohl mehr auf politischem Gebiet zu
suchen und wird ihren Grund in dem Vorgehen des Grafen Bülow
außerhalb Europas haben. Doch darauf will ich jetzt nicht eingehen.
Der russische Artikel rät dem Herrn Reichskanzler, er möge doch auch
an die Arbeiter denken. Nun, Herr Siemens hat uns ja neulich be-
wiesen, daß das Inland allein den Schaden von der Zollerhöhung hat.
Dann weiß ich nur nicht, weshalb Rußland sich überhaupt so gegen
die Zollserhöhung sträubt. Vielleicht befehlt Herr Siemens den russischen
Finanzminister eines Besseren. — Ich möchte an den Herrn Reichskanzler
die Frage richten, ob in dem deutsch-amerikanischen Verträge vom
Juli vorigen Jahres auch der Zolleroll ein Gegenstand der Verhand-
lungen gewesen ist, oder ob Amerika auch jetzt noch berechtigt ist,
den deutschen Zolleroll mit einem Zuschlagssoll zu belegen. (Bravo!
rechts.)

Abg. Münch-Ferber (natl.):

Der Herr Reichskanzler hatte bei der ersten Lesung erhebliche
Bedenken gegen die Errichtung von Handelskammern im Auslande.
Diese Bedenken hatte zur Folge, daß eine ganze Reihe von Kauf-
leuten in Kapland, in China usw. sich schwer bedrückt fühlten.
Andere Bedenken, die früher dagegen geltend gemacht wurden, haben
sich glücklicherweise zerstreut. Auch haben sich maßgebende Körper-
schaften, z. B. der deutsche Handelsrat, für die Errichtung von
Handelskammern im Auslande ausgesprochen. Wir sind mit
dröhnenden Schritten in die Weltmarktpolitik hineingemarschirt,
nun müssen wir auch mit der Weltmarktpolitik beginnen.
(Bravo! bei den Nationalliberalen.) — **Abg. Spier (l.):**

gibt seiner Befriedigung Ausdruck über das Wohlwollen des
Reichskanzlers für die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft
und auch darüber, daß die Nebenmaßnahmen aus den
Zöllen für Wohlthaten, die den Arbeitern zu gute
kommen sollen, verwendet werden sollen. Der Resolution
Münch-Ferber stehen er und seine politischen Freunde sympathisch
gegenüber, man brauche ja den deutschen Konsuln im Auslande
die Fähigkeit der Vertretung der kaufmännischen Interessen
nicht abzunehmen, jedoch gebrauchten gerade sie, um nicht einen
einseitigen Standpunkt einzunehmen, eines Beirats, der ihnen in
den Handelskammern gegeben werden soll. Die Resolution bean-
tragt er an die Budgetkommission zu verweisen. (Bravo! im
Centrum.)

Staatssekretär Frh. v. Richthofen verkennt die gute Absicht,
die in der Resolution liegt, durchaus nicht, hat jedoch einige Be-
denken gegen dieselbe. Die Konsuln seien kaufmännisch genug
ausgebildet, als daß sie noch einen Beirat brauchten.

Abg. Frese (freis. Bg.) widerspricht dem Abg. Münch-Ferber, daß
es dem deutschen Kaufmann ohne Handelskammer im Auslande un-
möglich sei, Informationen einzuziehen.

Abg. Münch-Ferber (natl.) bleibt bei seinen Behauptungen
und bittet um Annahme einer Resolution, die verbündeten
Regierungen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß
die Errichtung von deutschen Handelskammern
im Auslande herbeigeführt werde.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel Staatssekretär wird
bewilligt, die Resolution Münch-Ferber wird an die Budget-
kommission verwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Dritte Lesung des Postz-
gesetzes, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Schluß 6¼ Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber Anschreitungen der Sittenpolizei berichten die „Dokumente der Frauen“ einen skandalösen Fall aus Wien. Eine vornehme junge Französin suchte vor einigen Tagen um 11 Uhr vormittags in einem ihr unbekanntem Hause des IV. Bezirks in Wien eine Wohnung, da sie am Thore des Hauses eine Ankündigung gelesen hatte. Das Zimmer gefiel ihr nicht, und sie wollte die Wohnung verlassen, als es läutete. Die Vermieterin öffnete und ein Mann trat ein, der der fortgehenden Dame mit ausgebreiteten Händen den Weg versperrte — während sie erschrocken zurückwich, sagte der Eintretende sie am Hals und würgte sie. Sie rief um Hilfe, aber der Attentäter hob drohend die Faust und schrie: „Schweigen Sie oder...!“ Das zu Tode erschrockene junge Mädchen konnte nur mehr flehentlich bitten: „Schonen Sie mich das Leben!“ Der Mann aber rief sie beim Namen, und zwar so brutal, daß er ein Stück ihres Kleides herausriß, schleppte sie unter fortwährenden Drohungen und Mißhandlungen die Stiege hinauf und über die Straße, während sie vergeblich um Schonung und um Erbarmen rief. Menschen sammelten sich an und folgten ihnen, die Dame fiel erschöpft in den Koth, der Unhold aber rief sie immer wieder empor, und so oft sie fragte, was er denn wolle, antwortete er: „Sie wissen es schon!“ und kehrte ab.

So brachte er sie auf eine Antikstube, wo sie ganz erschöpft in einen Sessel fiel. Sofort brüllte ein Beamter sie an: „Werden Sie aufleben! Wie können Sie sich unterziehen, sich niederzuliegen!“

Sie legitimierte sich der Mensch als L. Deletiv Reubhofer, und das Fräulein erfuhr, daß sie als verdächtige Frauensperson festgenommen sei. Vergeblich sagte sie, wer sie sei, vergeblich bat sie, man möge doch zur französischen Botschaft telephonieren, um zu erfahren, wer sie sei.

Sie wurde kurzweg in eine von Schmutz strotzende Zelle gesperrt, in der sich eine Prostituierte befand, mußte von Sagenbänden aus einer Nebenstube Ströme unsäglich Reden hören. Nach fünf Minuten erschien das leitende königliche Polizeioffizier wieder, schleppte sie einen Stuhl höher, wo sich ein Arzt befand, vor dem sie sich entschuldigen mußte und untersucht wurde. „C'est la plus infame de tout“, wie die Dame verzweifelt sagte. Der Arzt sprach ein paar Worte von Mißtrau, und die Mißhandelte wurde in die Zelle zurückgeführt.

Nach drei Stunden abermals vorgeführt, wurde sie von demselben Mann öffentlich durch die Straßen nach ihrer Wohnung eskortiert — um sich zu legitimieren. Reubhofer führte sie in ihr Zimmer, schrie sie, als sie in ihrer furchtbaren Qual und Aufregung ihre Papiere nicht gleich fand, unaussprechlich an und entsetzte sich, als sie gefunden waren, mit einem „Is schon gut!“ Die Dame ist seitdem leidend und kaum fähig, ein Glied zu rühren. —

„Is schon gut!“ Für den Polizisten vielleicht; für die schmerzhaften Frauen, die solchen Brutalitäten ausgesetzt sein können, ist es aber nicht gut. Der Vorfall vermehrt das Material zum Kampf gegen die Sittenpolizei um ein gewichtiges Stück.

Versammlungen.

Die Steinarbeiter waren am Montag versammelt, um zunächst den von G. H. H. erstatteten Bericht entgegen zu nehmen, über die Berufsstatistik. Da aber die Zusammenstellung infolge des letzten Kongressbeschlusses nur den Zeitraum von 9 Monaten umfaßt, konnte eine genauere Berechnung auch darum nicht gegeben werden weil die Fragebogen nur von etwa 2/3 der Kollegen ausgefüllt wurden. An der Beantwortung der einzelnen Fragen sind leider noch viele Mängel vorhanden. Göritz, Walther und andere wünschten daher, daß man in Zukunft ein noch besseres Resultat erlangen werde, insbesondere über Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Lebensdauer, wie es bereits in der bekannten Denkschrift an den Reichstag möglich war. Wünschenswert sei es, daß auch die Meister durch Angaben über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Statistik mehr Interesse zuwenden. Für das kommende Jahr wurde die Berechnung mit der Aufnahme der Statistik beauftragt. Die von D. T. verlesenen Vorschläge der Beerdigungs-

*) Das Infamste bei dem ganzen Vorgang.

kommission, wegen Beteiligung der Kollegen bei Beerdigungen, sollen später noch eingehend geprüft werden. Walther wünscht, daß genaue Angaben über Arbeitslosigkeit gemacht und in den Mitgliederbüchern vermerkt werden. Ein von ihm gestellter Antrag: die Versammlungsbücher durch Stempel im Mitgliederbuch zu kontrollieren, gelangte gegen eine Stimme zur Annahme. Nach Erledigung einer Reihe innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine General-Versammlung des Maurer-Verbands (Zahlstelle Berlin II) tagte am 28. Februar im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Den Bericht des Vorstands gab Panzer. Es haben stattgefunden 4 ordentliche Mitglieder-Versammlungen, ca. 100 Bezirks-Versammlungen, 10 Sitzungen des Vorstands und 24 Sitzungen für Berlin und Umgegend. Den Kassenbericht gibt der Kassierer Braun. Die Einnahme vom vierten Quartal beträgt inklusive Bestand vom dritten Quartal von 6726,58 M. 18 297,13 M., die Ausgabe 11 494 M., so daß ein Bestand von 6803,13 M. am Schlusse des vierten Quartals vorhanden war. Die Einnahme für das Jahr 1900 beträgt inklusive 5 102,99 M. Bestand vom vierten Quartal 1899 52 366,29 M., die Ausgabe 45 563,16 M. Die Mitgliederzahl beträgt 4698, ausgeschlossen wurden 62, ausgetreten sind 8 und gestorben sind 24 Mitglieder. Die Neuwahl des Vorstands hatte folgendes Resultat: Karl Panzer erster, Wilhelm Schulz zweiter Bevollmächtigter, Schriftführer Max Anton, erster Kassierer Emil Lehmann, zweiter Kassierer Felteshoff, Revisoren Lemm, Genkel und Gareis. Als Hilfskassierer wurden gewählt Gust. Klotz, Heinr. Korn, Karl Graul, Max Pohl, Reinh. Koblischreiber, Heinr. Baier, Fritz Hannemann, Karst, Franz Klotz, August Wartenberg, Friedr. Gubhoff. Der Vorsitzende spricht über die am 10. März im Gewerkschaftshaus stattfindende Konferenz der Maurer für die Provinz Brandenburg und stellt den Antrag, diese mit fünf Delegierten zu beschicken. Als solche wurden nach Annahme des Antrags gewählt: Karl Panzer, Alwin Rudolph, Emil Lohms, Gust. Väder und Adolf Winkler. Hierauf gaben Wilh. Schulz und Karl Panzer den Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission. Als Delegierten zu derselben wurden gewählt: Karl Panzer, Otto Hanke, Gust. Väder, Schulz, Gareis und Alwin Rudolph. Die Beschwerde gegen einen Kollegen wurde dem Vorstand überwiesen.

Die centralorganisierten Arbeiter hielten am 27. Februar eine Versammlung ab, in der H. C. M. unter Verbandsangelegenheiten den Bericht gab. Es wurde beschlossen, die Kitzbühner-Kommission zu beauftragen, den Tarif — welcher vorher in der entsprechenden Weise zu ändern ist — festzusetzen. Bei etwaigen Differenzen mit den Unternehmern haben sich die Kollegen von Berlin und den Vororten an die Kitzbühner-Kommission zu wenden.

Ober-Schönevelde. Am 27. Februar tagte hier eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung, die nach einem trefflichen Referat des Reichstags-Abgeordneten Zubeil eine Resolution annahm, welche sich in schärfster Form gegen Erhöhung der Getreidezölle aussprach.

Centralverband der Konditoren. Heute, Mittwoch, Versammlung bei Schiller, Rosenhallerstr. 57. Anfang 9 Uhr abends.

Freier Distriktsklub. Heute abend 1/2 9 Uhr, im Lokal von Boigt Königsplatz 39, Diskussion.

Witterungsübersicht vom 5. März 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb mm	Witterung	Windschicht	Wetter	Temp. u. G. 0° C.	u. F. 32° F.	Stationen	Barometer hohb mm	Witterung	Windschicht	Wetter	Temp. u. G. 0° C.	u. F. 32° F.
Ewinende	763	☉☉☉	2	Rebel	0	32	Dabranaba	763	☉☉☉	2	bedekt	-5	23
Damburg	760	☉☉	3	bedekt	2	36	Veitersburg	—	—	—	—	—	—
Berlin	763	☉☉☉	1	wolkig	1	34	Lort	760	☉☉	5	hüb. bed.	6	43
Hennr./W.	764	☉☉☉	3	bedekt	5	41	Aberdeen	755	☉☉☉	4	hüb. bed.	8	46
Witten	765	☉☉☉	8	wolkig	3	37	Paris	764	☉☉☉	3	bedekt	9	48
Münch.	762	☉☉☉	5	hüb. bed.	3	37							

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 6. März 1901. Zunächst mäßiger bei ziemlich frischen südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; nachher Regen und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Marktpreise von Berlin am 4. März 1901

nach Ermittlungen des 1. Vollzeiprüfungsbüros.

Ware	Preis	Ware	Preis
Wetzen, gut D-Gir.	—	Gerste, neue, D-Gir.	7, —
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	1,60
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	1,20
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	1,80
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	1,80
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	1,60
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	2,60
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	5,20
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	2,20
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	2,80
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	2,50
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	2,40
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	1,80
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	3, —
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	1,20
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	3, —
„ „ „ „ „	—	„ „ „ „ „	12, —

Produktenmarkt vom 5. März. Weizen. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt wurde heute fast beeinflusst durch bedeutendes Warenangebot, das umso mehr auf den Preis drückte, als Käufer nicht am Markte waren. Außerdem drückte das vorwiegend malte Ausland und das schwere Wetter auf die Preisgestaltung. Weizen und Roggen zeigten 1/2 Mark niedriger ein. Die russischen Roggenarten waren weiter ermahnt; hiesige Kommissionspreise traten als Abnehmer für beiderlei Brotweizen auf. Mehl war schwer veräußlich; Paier still und unverändert. Dagegen bleibt Mais fest, da Bahnzufuhren vorläufig fehlen und Bahnweizen zu teuer ist. Am Weizenmarkt war anfangs Abgabehin vorherrschend infolge hohen indischen Saatensangebots, nachher belebte sich die Tendenz auf lebhaftere Gänge in Paris. Schluß für Getreide abgeschwächt. Spiritus. Spiritus blieb unverändert, 70er loco 44,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zweitsunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

P. G. J. H. R. Friedrichsfelderstraße. Fragen Sie bei Herrn Rattene, Vorsitzender für Feuerbestattung, an. Neu-Kölln a/B. 22.

100. Uns unbekannt. Z. 44. Das Einwohner-Verzeichnis ist von 8-7 Uhr geöffnet.

Z. 6. Die Berlin School of Languages, Ecke der Maurer- und Leipzigerstraße, wird oft gelobt. Ein Kursus von zwei Stunden die Woche stellt sich dort auf 8 M. monatlich — Mit einiger Energie führt ferner das Studium der Methode Lousaint-Kangenscheidt zum Ziel. (Französisch 36 Briefe a 1 M., ganzes Werk auf einmal bezogen 27 M.)

Klara. Ist das Kind von der Mutter in Pflege gegeben, so ist nicht ersichtlich, weshalb die betreffende Forderung gegen die Mutter nicht einlöslich sein sollte. Liegt ein anderes Abgemachtes vor, so hängt die Beantwortung von den einzelnen Umständen des Falls ab. — N. 2. 49. Ist die Wohnung gesundheitsgefährlich, so können Sie von dem Vertrag zurücktreten und Schadensersatz verlangen. Darüber, ob Gesundheitsgefährlichkeit vorliegt, kann Sie gut, einen Sachverständigen vor Anrufung des Urgerichts auf Aufhebung des Vertrags und auf Entscheidung zu hören. Auch können Sie sich an die Polizei mit dem Antrag wenden, die Wohnung durch den Bezirksgesundheitsuntersucher zu lassen. — N. Berlin. Das Weib bezeichnet nicht bestimmte Spiele als Glücksspiele. Glücksspiele sind solche, bei denen der Erfolg allein oder wesentlich vom Zufall abhängt. Das trifft auf das von Ihnen beschriebene Spiel 101 zu. — Z. N. Rein. — Toni. Die Frau kann ohne die Befürchtung, ihre Rechte zu verlieren, jegliche Art Befürchtung nehmen. — Egalis. Eine Berufung wäre zwecklos. — Alamyner Nennung. Der betreffende hat in vollem Umfang für Schadensersatz. — N. 2. 55. Eine Unfallrente kann in folgenden drei Fällen zur Abfindung gelangen: 1. Im Falle der Wieder- oder Verrentung erhält die Witwe 60 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes (in der Regel also das Dreifache ihrer Rente) als Abfindung. 2. Im Auslande (Nicht-Deutscher) kann, falls er seinen Wohnsitz im Deutschen Reich aufweist, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrag seiner Jahresrente abgefunden werden. 3. Ist eine Rente von nur 15 Proz. oder weniger sehr gering, so kann nach Anhebung der unrenten Vermögensteuern die Berufs-gesellschaft den Entschädigungsberechtigten auf seinen Antrag durch eine entsprechende Kapitalzahlung abfinden. Gegen den dann ergehenden Bescheid ist Berufung an das Schiedsgericht zulässig; der Antrag auf Abfindung kann bis zur Berufung des Schiedsgerichtsurteils zurückgezogen werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag verstarb unser Mitglied, der Schmittarbeiter
Otto Hellpinski.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Nikolaikirchhofes in Tempelhof, Porstendorfer Weg, aus statt.
112/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder
Otto Müller
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen, Donnerstagnachmittag 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dorotheenkirchhofes, Ecke Müllerstraße und Daulsdorfer Chaussee, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Tomprowski
Herrngarderobengeschäft
Berlin 50., Reandersstr. 16, II.
Verkauft Anzüge und Sommerpaletots, reine Wolle, sportlich, auf Serge, Cloth und Atlas, 22, 25, 27, 30 M., Halbvolle 14, 16, 18, 20 M. Nach Maß nur 5 M. teurer. Hosen und Joppen von 4,50 M. an. Bei trennen Garderoben Teilzahlung, monatlich 10 M., gestattet.
8512

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmangel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden.
8848

III. Wahlkreis.
Donnerstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung des Wahlvereins
in den Dianasälen (großer Saal), Köpplerstr. 68.
Tages-Ordnung:
Die Organisation der Arbeitsverhältnisse. Referent: Reichstags-Abgeordneter Segitz, Diskussion.
Es ist Pflicht der Mitglieder, die Versammlungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen. Gaste willkommen.
242/8
Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 6. März 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenzen
Für den Osten
im Lokal des Herrn Bartel, Große Frankfurterstraße 18.
Für den Westen
im Lokal des Herrn Werner, Wilsowstraße 59.
112/11
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
Rixdorf.
Freitag, den 8. März cr., abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Ackermann, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 78:
Gr. öffentliche Versammlung
für Nieder-Schönevelde und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Warum organisieren wir uns? Referent: Stadtv. Genosse Retzeran-Rixdorf. 2. Diskussion. 3. Beschließend.
64/4
Die Arbeiter der Firma G. R. u. S. u. Co. sind speziell hierzu eingeladen. — Zur Dedung der Unkosten findet Teilerhebung statt.
J. H. E. Bennwitz.

Achtung!
Donnerstag, den 7. März 1901, abends 8 Uhr,
in Raabes Salon, Rolbergerstraße 23:
Große öffentliche Versammlung
aller in
Schokoladenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Wie verbessern wir unser Leben und Arbeitsverhältnisse? Referent: Max Kiesel. 2. Die Mithände in den Schokoladenfabriken. 3. Diskussion.
Es ist Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen; besonders die bei Hildbrandt u. Sohn, Panstraße und bei Wehr, Stollwerck, Chausseestraße, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.
29745
Der Einberufer.

Central-Verband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. (Bezirk Berlin.)
Mittwoch, 6. März, abends 9 Uhr, im gr. Saal der Arminhaken, Kommandantenstr. 20:
Demonstrations-Vortrag über: Technische Fortschritte.
Vorführung des Telephonographen, des lautsprechenden Mikrophons etc.
Vortragender: Ingenieur P. W. Gruppe. — Gaste willkommen.
285/16
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Bevollmächtigte.

Arbeiter-Sängerbund
Berlins und Umgegend.
Donnerstag, 14. März, abends präcise 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain:
Übungsstunde
des Sonderschors. Geübt werden folgende Lieder: Es grünet und blühet, Freiheitslied, Fortwärts und Marcellaise. — Die Vereine Berlins und Umgegend sind verpflichtet, ein Quartett zu stellen. Bundesmitgliedskarte legitimiert.
15/2
NB. Für die Vereine, welche die Marcellaise nicht haben, ist dieselbe beim Kassierer Seifritz, Widmstr. 18, abzugeben.

Elektromonteur!
Mittwoch, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr,
bei Nümann, Brunnenstrasse 188:
Öffentl. Versammlung
Tagesordnung: Die Lohnifferenzen bei der Firma Phoebus.
58/11
Die Lohnkommission.

Vortrag: Ehe u. Männerleiden,
demonstriert am lebensgr. weibl. Torso
morgen Donnerstag, Engel Ufer 15, Gewerkschaftshaus,
abends 9 Uhr.
Naturheil. Grundmann. Kurbad Köpnickerstr. 72. 20 Pf. Eintr.
11-2, 6-8, Sonntag 11-12.

Möbel und Volkswaren. Franz Tutzauer,
Zischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen
1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich
1 M. Alfred Apenburg, Invalidenstrasse 33,
Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9-7. Reparatur. sofort. *

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10,
über: Sogenannte unheilbare Männerleiden! Mittwoch, den 6. März, abends 1/2 9 Uhr, im Reichshof, Rixdorfstr. 142. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Teilerhebung. [29676]

Chrenckerklärung.
Die Beerdigungen, die ich am 2. d. M. in Ruhlmanns Lokal gegen Frau Schülze ausgesprochen habe, erkläre ich hiermit für unnoch und Frau Schülze für eine anständige Frau.
29665
Wilhelm Schütze.

Bockanstich
Bierhaus zum Erlanger
Oranienstr. 112/114.
Schulzungen, Bierrezepte, Walddorfer.
Konzert-Vorträge täglich.
Beim 6. Glas 1 Badorden, beim 12. eine Bodmöse gratis. 8380*
Es ladet ergehen!
Max Pöhlts.

Album- u. Lederwarenfabrik!
Oskar Gundau.
Oranienstrasse No. 30,
Ecke Woblerstraße, 9100*
Schulzungen
11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größe Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifschleider etc. werden unter Garantie des guten Stoffs zu überaus billigen Preisen (schonstens angefertigt im Inland) bei
A. Karle, Waldemarstr. 66.

Lokales.

Der Fortbildungszwang

muß mit demselben Recht, mit dem er für die heranwachsende männliche Jugend gefordert wird, auch für die weibliche Jugend verlangt werden. Bei der Stellung, die die Frau heute im Erwerbsleben einnimmt, ist das ganz selbstverständlich — abgesehen davon, daß auch die künftige Hausfrau, die „höhere Tochter“ nicht weniger als die ehemalige Volksschülerin, mancherlei zu wissen nötig hat, was sie in der Schule nicht gelernt hat. Die Forderung eines Fortbildungszwangs für Mädchen hat auch bereits eine beträchtliche Zahl von Anhängern gefunden, vorläufig allerdings meist mit der Beschränkung auf die weiblichen Angestellten des Handelsgewerbes. Hier mußte in der That die Notwendigkeit einer besseren Vor- und Fortbildung der im Erwerbsleben thätigen Mädchen zuerst und am unangenehmsten empfunden werden. Nach den neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung sind die Gemeinden jetzt in der Lage, für weibliche Handlungsbefugnisse die Verpflichtung zum Besuch eines Fortbildungsunterrichts durch Ortsstatut festzusetzen. In der letzten Zeit ist bereits in verschiedenen Orten von Handlungsbefugnisse-Vereinen ein dahin gehendes Ersuchen an die städtischen Behörden gerichtet worden. Auch in Berlin ist das geschehen. Hier hat sich der „Kaufmännische Hilfsverein für weibliche Angestellte“ mit einer entsprechenden Eingabe an den Magistrat gewendet, ist aber abschlägig beschieden worden. Vor kurzem ist nun die Eingabe wiederholt worden. Es ist nicht unmöglich — wenn auch einzuweisen noch nicht sehr wahrscheinlich — daß der Magistrat unter dem Eindruck der Thatsache, daß jetzt sogar die sonst jedem Zwang abgeneigten Kellereien der Berliner Kaufmannschaft sich für den Fortbildungszwang erklärt und ihn für männliche Handlungslehrlinge gefordert haben, diesmal zu einer anderen Entscheidung gelangt. Kommen wird die obligatorische Fortbildungsschule auch für Berlin, das ist sicher — zunächst wohl nur für die männliche Jugend, aber später sicher auch für die weibliche. Die städtischen Behörden werden sich ja noch eine Weile dagegen sperren, aber auf die Dauer werden sie sich der sozialen Verpflichtung, für die Fortbildung der schulentlassenen Jugend beiderlei Geschlechts in wirksamerer Weise als bisher zu sorgen, nicht mehr entziehen können. Geopnet sind wir nur darauf, wie die im Magistrat und in der Stadtverordneten-Versammlung sitzenden ehemaligen Gegner der obligatorischen Fortbildungsschule ihren Rückzug bemänteln werden.

Alexandrinenstraße 26.

Nicht weniger als 412 deutsche Zeitungen und Zeitschriften und viele Tausende von Büchern aus den Gebieten: schöne Litteratur, Kunst und Kunstgeschichte, deutsche Sprache, Jurisprudenz, Naturwissenschaften einschließlich Medizin, Gewerbelexikon, Biographie, Geographie, Reise-Litteratur — das ist der Apparat, mit dem die öffentliche Bibliothek und Lesehalle Alexandrinenstr. 26 zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann jetzt arbeitet.

Das Institut besteht nun seit 16 Monaten und hat äußerlich und innerlich die lebhafteste Entwicklung genommen, namentlich auch in den letzten Monaten. Kommt man früher beim Betreten der freundlichen, hellen und warmen Lesezimmer manchmal ein Bedauern empfinden, daß unsre Arbeiter nicht noch zahlreicher hier verkehren, so würde der Gedanke jetzt nicht mehr aufkommen angesichts des großen Andrangs, der allabendlich zu beobachten ist. In den Lesehallen ist jedes Plätzchen besetzt und im Arbeitszimmer, wo es so still ist, daß man das Kratzen der Federn und das Umwenden der Blätter hören kann, sitzen viele fleißige Leser, die systematisch arbeiten und lernen wollen. Sie finden hier ein reiches Arbeitsmaterial, das den verschiedensten Interessen entgegenkommt, und jene ruhige Ruhe und Bequemlichkeit, die geistiger Arbeit so förderlich ist, aber unsren Arbeitern fast nie zur Verfügung steht.

Nicht minder lebhaft geht es in der **Kunstbibliothek** zu. Das Kommen und Gehen erleidet durch den starken Andrang jetzt manchmal Störungen. Während das Institut nach einjährigem Bestehen 1912 ständige Leser zählt, haben die seitdem verfloffenen 4 Monate deren Zahl auf 3100 W. erhöht. Hier oben in der Kunstbibliothek wie unten in den Lesehallen herrscht die erfreulichste Harmonie in der Menge der Leser und in den Beziehungen zwischen Beamten und Besuchern.

Ein großer Vorzug der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle vor anderen ähnlichen Instituten besteht darin, daß die Auswahl der Bücher lediglich vom Gesichtspunkt des litterarischen Wertes vor sich geht. Auf „edle Weiber“, die so häufig — das Angenehme mit dem „Nützlichen“ verqu coastet — veraltete, wertlose Bücher schenken, wurde nie geredet; daher ist das Büchermaterial sorgfältig und einheitlich gestaltet. In der Kunstbibliothek kam soeben eine neue Abteilung „Geographie, Reisen und Verwandtes“ zur Ausgabe, die vornehmlich stark begehrt werden wird.

Das Institut ist nach wie vor geöffnet an Wochentagen von 5 1/2 bis 10 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr, die Lesehalle außerdem von 8—6 Uhr.

Geburtstagsfeier.

Der Goethebund seligen Andenkens ist am 4. März ein Jahr alt geworden. Herr Hermann Sudermann brachte dies Ereignis gestern Abend in der Philharmonie zur Sprache, allwo eine Vereinigung von Männern, die für das zage Ding eigentlich zu schade war, dem Geburtstagskinde zu Ehren ein Fest veranstaltet hatten. Vizt, Kommissen, Sudermann, Fulda hatten außer sich selbst eine Sängerin mit glöcklicher Stimme, einen vorzüglichen Deklamator und das musikalische Philharmonische Orchester zu dem Ereignis aufgebildet. Was Wunder, daß der große Saal gebrängt voll war. Freilich, die Leute, die am 9. März vorigen Jahres die Leiter des Bundes so in Schreden versetzt hatten, daß sie sich nicht die angelegte Versammlung zu eröffnen getrauten, diese Leute waren nicht oder nur in der Minorität erschienen, denn der Platz kostete einen Thaler. Das bekannte distinguierte Publikum war aber zur Stelle. Theatergastfreier und andre Herrschaften, die nicht die Gelegenheit veräumen wollten, sich an einem Abend an dem Anblick einer immerhin in Betracht kommenden Zahl berühmter Persönlichkeiten zu weiden.

Das Geburtstagsfest wurde mit der Ggmont-Ouvertüre eingeleitet. Als die Musik verklungen war, bestieg der bekannte Rechtslehrer F. v. Vizt das Podium. Er betonte, daß die Männer des Goethebundes weder eine politische Partei noch eine religiöse Sekte seien. Freiheit für jede Individualität, Freiheit für jede Weltanschauung sei die Lohung des Bundes. Herr v. Vizt gestand dann zwar, daß der Bund, der bekanntlich so freundschaftlich war, dem Berliner Polizeipräsidenten eine Sittenkommission zur Verfügung zu stellen, in der Frage der Theaterzensur just keinen äußeren Sieg erlitten habe; immerhin sei aber der innere Sieg zu betonen, den der Bund in dem Umstand erblickt, daß niemand im Parlament die gegenwärtige Ausübung der Censur zu verteidigen gewagt hat. Zu dieser Bescheidenheit pochte dann schlecht die Berufung auf ein Wort Goethes, daß man in Berlin mit Delikatessen nichts anrichte, sondern grob sein müsse. Grob, wenn es nicht anders ginge, sogar sehr grob müsse man den Staatslenkern entgegenreten. Wann mag dieser Wechsel auf die Zukunft eingelöst werden, nachdem im vorigen Jahre die gute Gelegenheit zum energischen Handeln so wenig wahrgenommen worden ist?

Hierauf sprach Kommissen in feinen, geistreichen Wendungen. Man solle daran denken, daß Faust und Gretchen, Klärchen und Ggmont in Gefahr wären, von der Bühne zu verschwinden, da die höhere oder richtiger die tiefschende Sittlichkeit sehr viel an diesen beiden Paaren aussetzen hätte. In einem Appell zum Kampf gegen die Vernüderung lang Kommissens Rede aus.

Sudermann sammelte feurige Kohlen auf das Haupt der linksstehenden, besonders der socialdemokratischen Presse. Erunter schreibe alles, was diese den Leuten des Goethebundes böses nachgesagt hätte, namentlich den Vorwurf, daß die Dichter sich nicht um die sozialen und politischen Kämpfe ihres Volkes kümmern. Aber — und nun kam das Überraschende — die lex Feinge habe die Träume aus dem Schlaf geweckt, sie auf die Schanzen gelockt! In wohlgeleiteten Worten geißelte Herr Sudermann dann die Dunkelmänner, um mit der abermaligen recht bescheidenen Versicherung zu enden, daß der Goethe-Bund wissen werde, sich — Duldung zu erkaufen.

Gesang und Rezitation Goethe'scher Dichtungen folgten. Dann trat Herr Fulda hervor, um ein eigens für den Abend verfaßtes Gelegenheitsgedicht vorzutragen: Der Censor der Schöpfung. Der Herrgott muß, bevor er die Welt erschafft, seinen Plan dem Censor vorlegen, der aus ordnungs- wie aus sittenpolizeilichen Gründen das Werk aller sechs Schöpfungstage verbietet und nur den siebenten, den Ruhetag, gelten läßt.

Die ganze Richtung paßt mir nicht. Das Schöpfungswerk, es wird verboten!

So klang die Geburtstagsfeier zu Ehren des kränklichen Kindes, das manche schon begraben wählten, in gefunden, wenn auch nicht ganz passenden Humor aus. Den Rednern mußte man es ja glauben, wenn sie trotz allem und ihres Kampfesmuts versicherten. Aber das Publikum, zu dem sie sprachen, sah nicht danach aus, als ob es sich seine gute Laune durch Pfingstee und sonstige im Kampfe für Geistesfreiheit vorkommende Unannehmlichkeiten verderben lassen möchte.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat für ihre am Donnerstagnachmittag 5 Uhr stattfindende Sitzung u. a. folgende Gegenstände auf die Tagesordnung gestellt: Berichterstattung über die Vorlagen, betreffend die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenen-Versorgung für die ohne Pensionberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen. — Beschlußfassung darüber, ob gegen das Erkenntnis des Bezirksausschusses in der Verwaltungsvorgeschichte Gleise, betreffend die Wahl des Expedienten Glöde zum Stadtverordneten, Berufung eingelegt werden soll. — Vorlagen, betreffend die Festsetzung des Stadthaushalts-Etats für das Etatsjahr 1901, — die Etats der städtischen Gasanstalten und der öffentlichen Petroleumbeleuchtung, der Hauptwerke der städtischen Werke, des städtischen Hofes am Urban, der Wasserwerke, der Markthallen, der Kanalisationswerke und Kleinfelder, des Viehmarktes, des Schlachthofes und der Fleischschänke auf dem Schlachthofe, sowie der Verwaltung des städtischen Abfallwesens für das Etatsjahr 1901, — die Einlegung eines Schiedsgerichts über die von einem Unternehmer beim Neubau des Märkischen Museums gemachten Ansprüche, — die Herstellung eines Ueberführungs-Bauwerkes über den Bahnhof Gesundbrunnen im Zuge der Schweinminder- und Vellernamstraße, — den Erlaß der Beleuchtungs- und Heizungskosten für die von der Vereinigung geprüfter Magistratssekretäre im Hörsaal des Berlinischen Gymnasiums veranstalteten sachwissenschaftlichen Vorträge, — die Einstellung eines Vertrags von 5000 W. zur Verfügung des Stadtverordneten-Vorsichters, — Antrag des zur Vorbereitung der Neuwahl der beiden Stadtschulräte eingesetzten Ausschusses, betr. die Anrechnung der gesamten Dienstzeit der zu Stadtschulräten gewählten Direktoren Dr. Gerstenberg und Dr. Schwalbe bei ihrer derzeitigen Pensionierung und bei Bemessung der Versorgung ihrer etwaigen Wittwen.

Die Spreckpräfektur. Einige Beachtung verdient die Beurteilung, die Stadtverordneten-Vorsicht Dr. Langerhans der bevorstehenden Errichtung des Oberpräsidiums für Berlin in einer gestern vom freisinnigen Bezirksverein des Köpenicker Stadtviertels abgehaltenen Versammlung hat zu teil werden lassen. Herr Langerhans gab der Befürchtung Ausdruck, daß es zu Konflikten zwischen Stadtverwaltung und Oberpräsidium kommen werde. Die Ansicht einer Beeinträchtigung der Selbstverwaltung liege klar auf der Hand. Angesichts des dem Oberpräsidenten eingeräumten Rechts, Beschlüsse der Stadtverwaltung in einer ganzen Reihe von Angelegenheiten aufzugeben, könnte nicht mehr von einer Selbstverwaltung gesprochen werden. Schon der Einfluß der Regierung auf die Stadtverwaltung würde vielfach hemmend auf die Entwicklung der Kommune nach dieser Richtung. Von einem Uebergreifen des Staatseinflusses auf andre Verwaltungsgebiete sei daher wenig Gutes zu erwarten.

Ein interessanter literarischer Prozeß spielt sich derzeit vor dem Landgericht I um die beiden Stücke „Die Welt, in der man sich langweilt“ von Pailleron und „Die Journaux“ von Augier ab. Der Prozeß, der von erheblicher Tragweite für das Aufführungsrecht ausländischer Stücke sein wird, hat folgenden Hintergrund: Das alleinige Aufführungs- und Ueberführungsrecht an den genannten Stücken ist für Deutschland dem Dr. Theophil Zolling, Herausgeber der „Gegenwart“, von den Autoren übertragen worden. Thatsächlich ist auch das Pailleron'sche Stück von dem königlichen Schauspielhaus, auf dessen Spielplan es seit Jahren steht, sowie von den andern Theatern stets in der Ueberführung des Dr. Zolling aufgeführt worden. Seit kurzer Zeit hat auch das Schiller-Theater das Stück auf seinen Spielplan geiegt und bereitet auch das Augier'sche Stück vor, beide aber in einer andern Ueberführung und gegen den Willen des Dr. Zolling. Letzterer hat nunmehr durch den Rechtsanwält Dr. Lubzjanski Klage auf Verbot weiterer Aufführungen, Abführung der unannehmlichen Tantiemen und Schadensersatz einreichen lassen. Die Klage führt aus, daß nach dem deutschen Urheberrechts-Gesetz und den internationalen Bestimmungen der Berner Konvention das alleinige Aufführungsrecht des Autors, als des gesetzlichen Rechtsnachfolgers der französischen Autoren unbeschränkt fortbesteht, auch wenn das Ueberführungsrecht inzwischen frei geworden sei und deshalb eine rechtmäßige Ueberführung auch von einem andern vorgenommen werden könne. Der Vertreter des Schiller-Theaters, Justizrat Stern I, geht demgegenüber davon aus, daß die Berner Konvention überhaupt nicht in Betracht komme, da die Stücke bereits vor dem Inkrafttreten der Konvention vom 9. September 1886 in Deutschland zur Aufführung gekommen seien und die Vorschriften der Konvention eine rückwirkende Kraft nicht hätten. Ueber den Ausgang des Rechtsstreits, der in hiesigen literarischen Kreisen mit Aufmerksamkeit verfolgt wird, werden wir berichten.

Eine Abgeordneten-Parade scheint geplant zu sein. Den Mitgliedern des Abgeordnetenhaus ist der „Verl. Zig.“ zufolge folgende Mitteilung zugegangen:

„Telegramm. Der Polizeipräsident von Berlin an den Herrn Präsidenten des Hauses der Abgeordneten. Zur Auffassung der Herren Abgeordneten wird Raum auf der Seite der Siegesallee zwischen den Gruppen Otto III., Johann I. und Otto IV. mit dem Pfeil freigehalten werden.“

Dieses Telegramm mit seinem Lapidarstil ist einigermaßen rätselhaft. Wann soll die „Auffassung“ der Herren Abgeordneten vor sich gehen? Etwa am 22. März, der für die Entlassung mehrerer Denkmäler in der Siegesallee in Aussicht genommen ist? Dann konnte sich aber doch der Polizeipräsident die Telegrammgebühren sparen und die Mitteilung brieflich machen, da die Sache ja nicht drängt. Da von einer „Auffassung“ der Abgeordneten die Rede ist,

könnte man meinen, daß bei dieser Enthüllung eine Revue oder Parade geplant ist, ähnlich wie sie bei Kriegervereinen oder Schützengilden üblich ist.

Die Kranken-Zuschusskasse sämtlicher Berufs- und Erwerbszweige Deutschlands steht am Ende ihres Wirkens. Es ist eine jener Kassen, deren Lebensunfähigkeit für jeden Keimer unres Verfallensbeweises von Beginn an klar ist. Leider giebt es noch immer Vertrauensselige, die trotz unsrer wiederholten Warnungen den ausgesandten Agenten in das Garn laufen. So dürfte es auch bei der hier erwähnten Kasse sein, deren Vorsitzender schon im Februar den Offenbarungseid geleistet hat, und damit der Auszahlung des Krankengelds ein jähes Ende bereitere.

Handels-Hochschulkurse. Die Kellereien der Kaufmannschaft beschlossen, beim Kultusminister die Berufung einer Kommission von Vertretern der Universität, der technischen Hochschule und der Kellereien zu beantragen, welche sich mit der Frage der Errichtung von Handels-Hochschulkursen in Berlin zu beschäftigen hätte. Nach Ansicht der Kellereien sind solche Kurse zur Ausbildung von Leitern oder höheren Beamten der größeren kaufmännischen und industriellen Unternehmungen wünschenswert. Den Hören wären im Verlauf von vier Semestern die für die bezeichnete praktische Tätigkeit wichtigsten Gegenstände aus der Nationalökonomie, der Jurisprudenz und der kaufmännischen Technik zum Vortrag zu bringen.

Winglütter Flugversuch. Die Versuche mit dem vom Regierungsrat Hofmann erfundenen Flugmaschinenmodell, die gestern in der Turnhalle der 6. Realschule vor den Mitgliedern des Vereins für Gewerbebesitz, vor Offizieren der Luftschiffer-Abteilung, Mitgliedern des Patentamts u. a. angestellt wurden, sind nicht gelungen. Die Flugmaschine ist ein sogenannter Drachensieger, dessen Drachen bei der Ausführung im großen eine Spannweite von 25 Meter erhalten sollen. Als Triebkraft ist ein horizontal wirkender Propeller vorgesehen. Die Maschine steht auf drei Beinen, die bei dem Modell, das 1/10 der Ausführung im großen darstellt, 1 Meter hoch sind. An den Beinen befinden sich Räder. Bei der getriggerten Vorführung des Modells, das nur 350 Gramm wiegt, während die kleine Alkoholdampfmaschine, die den Propeller bewegt, mit 10 1/2 Atmosphären arbeitet, war die ebene Bahn des Antriebs durch ein Schienenaugeleise dargestellt, das im Anfang etwas Gefälle und am Ende einen sprungartig wirkenden Ablauf hatte und etwa 1/2 Meter über dem Erdboden angebracht war. Die Bedingungen waren also wesentlich günstiger, als sie in Wirklichkeit im freien Gelände sich darbieten dürften. Trotzdem fiel die Maschine beim ersten Versuch so tief, daß sie ohne den erhöhten Ablauf sicher zu Boden gestürzt wäre. So prägte sie nur leicht auf den Boden auf und wurde dann wie ein Ball noch eine Strecke über den Boden weggetrieben, doch erschien dies als eine natürliche Folge des Beharrungsvermögens, das bei der gewaltigen Kraft, die zur Vorwärtsbewegung des Modells benutzt wurde, sehr groß war. Ein zweiter Versuch mißlang vollständig, weil die Beine sich nicht rechtzeitig und genügend hoben und das Modell mit solcher Gewalt unmittelbar nach dem Ablauf auf dem Boden aufstieß, daß die Drachenschalen rissen, die Räder der Räder sich verbogen und die Maschine vorläufig nicht wieder in Gang zu bringen war. Die Versuche sollen am nächsten Sonntag an derselben Stelle fortgesetzt werden. Fraglich erscheint es, ob es möglich sein wird, die Beine, die bei der Ausführung im großen 10 Meter hoch sein müssen, so zu konstruieren, daß der Droche bei der Landung darauf sicher zu stehen kommt. Das Modell stürzte gestern beim Anhalten stets um. Ein Beweis für die behauptete Steuerfähigkeit ist nicht erbracht.

Der Selbstmord, den der Beleuchtungsmonieur Vorchert gestern dadurch verübte, daß er sich von der Kuppel des Ziegeltens Warenhauses in der Leipzigerstraße hinabstürzte, ist noch nicht aufgeklärt. Die Mutter des jungen Ranns, die als Witwe in der Gartenstraße wohnt, weiß nichts von dem Beweggrund zu seinem Selbstmord. Auch seiner Wittin, Frau Stiller, bei der er mit einem andern Monieur zusammen seit einem halben Jahr in der Niederstraße 21 wohnte, hat Vorchert keine Andeutung gemacht, ebenso wenig wie seinen Zimmergenossen und seinen Mitarbeiter. Am Sonntagabend war er noch in durchaus heiterer Stimmung.

Fremdenverkehr in Berlin. 56 722 Fremde fanden in Berlin im Monat Februar Unterkunft. Es wohnen 46 020 in Gasthöfen, 1820 in Privatwohnungen und 8882 in sonstigen Anstalten zur Verherbergung Fremder.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Im Monat Februar nährigten im Männer-Asyl 19 443 Personen, wovon 8752 badeten; im Frauen-Asyl 4660 Personen, wovon 1205 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer Biesenstr. 55/59, für Frauen Küstlerstr. 5. Die geehrten Mitglieder werden ferner dringend um gütige Zuwendung von getragenen Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhe und Stiefeln gebeten, da bei der Ueberfüllung der Asyls die Gegenstände vortreffliche Verwendung finden. Die Sachen werden gern abgeholt, nur bittet der Verein um kurze Mitteilung auf einer 2-Pf.-Postkarte an vorstehende Adressen.

Kindesmord. Am 1. März 1901, abends gegen 7 1/2 Uhr, ist auf dem Treppenhause des Hauses Invalidenstr. 119 die Leiche eines neugeborenen Knaben aufgefunden worden. Die Leiche war eingewickelt in ein Handtuch, dessen Zeichen entfernt war, und eines graugestreiften Barchentunterrock. Kertzlicherseits wird vermutet, daß das Kind gelebt hat und durch Erwürgen getötet worden ist. Personen, welche über die Mutter des Kindes oder denjenigen Menschen, der die Leiche an ihrem Fundort niedergelegt hat, Auskunft geben können, wollen sich an den Wochentagen, vormittags zwischen 9 und 1 Uhr, in Zimmer 248 des Polizei-Dienstgebäudes am Alexanderplatz, II. Stod., melden oder zu 1351, IV. 27. 01 dorthin Nachricht geben.

Ein unferhaster Zuchthändler. Der frühere Kriminal-Kommissar Grünmayer dürfte in der nächsten Zeit wieder in die Freiheit zurückkehren. Er wurde bekanntlich im Sommer 1898 wegen Anstiftung zum Meineid zu zwei Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt. Da sich W. im Zuchthaus musterhaft geführt hat — er wird gerade wie ein früherer Berufscollega Thiel mit schriftlichen Arbeiten für Privatfirmen beschäftigt, genießt aber sonst keine Vergünstigung —, so ist das Gesuch auf vorzeitige Entlassung nach Verbüßung von drei Vierteln der Strafzeit unterfugt worden.

Selbstmord eines Studenten. In einer Drochle erschossen hat sich gestern Abend der am 17. April 1873 zu Forst geborene Student Karl Thomas, der in der Wilmsdorferstr. 163 zu Charlottenburg wohnte. Thomas schien in Geldverlegenheit zu sein. Gestern mittag verabschiedete er sich von seiner Frau, die ebenfalls in der Wilmsdorferstr. wohnt, mit dem Bemerken, daß er auf die Mitteldeutsche Kreditbank gehen wolle, um Geld zu holen. Dieser Gang scheint jedoch erfolglos gewesen zu sein. Abends nahm der junge Mann an der Ecke der Friedr. und Siegelstr. eine Drochle, die ihn nach dem Wilhelmplatz in Charlottenburg bringen sollte. Als er mit dem geschlossenen Wagen am Bahnhof Niergarten vorbeifuhr, hörte der Aufsitzer einen Knall, kimmerte sich aber nicht weiter darum, da er glaubte, es sei einem Radfahrer der Gummireifen geplatzt. Am Wilhelmplatz wollte er seinen Fahrgast, der zu schlafen schien, wecken, nahm aber dann wahr, daß er rückwärts und daß er mit Blut besudelt war. Auf der Rettungswache, wohin der Aufsitzer nun schleunigst fuhr, stellte man fest, daß Thomas sich mit einem Revolver, der neben ihm in der Drochle lag, eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen hatte. Der Schwerverletzte wurde nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht, starb aber dort schon wenige Stunden nach

seiner Aufnahme, ohne das Bewußtsein wiederverlangt zu haben. Auf einem Fettel, den man in einer Kleiderstasche fand, hatte er beigefügt, das Geld, das er noch besaß, rund vier Mark, dem Kaufschef für die Fahrt zu geben.

Die Mitteilung von der Angeltätigkeitserklärung der Marlenburger Schloßbau-Lotterie wird in hiesigen Blättern demontiert.

Eine Streife verurteilten Kriminalbeamte am Montagabend in der Umgebung des Pioniersplatzes. Aus drei Kasernen in der Veteranen- und Schwedterstraße wurden im ganzen dreizehn Personen herausgeholt und nach der Revierwache gebracht. Der 25 Jahre alte „Arbeiter“ Sally Holzer, den man besonders suchte, wurde nicht gefunden. Solcher verlegte am Sonntag bei einer Schlägerei den Modelleur Hermann Stemmler, wie wir mitteilten, durch Respektlose Lebensgefährlichkeit. Er wird aber außerdem deshalb gesucht, weil er vor zwei Jahren in der Schwedterstraße vor dem Hause Nr. 17 einem Wärendersucher so schwere Respektlose beibrachte, daß er nach drei Stunden starb.

Die erste Serie der volkstümlichen Kunst-Ausstellung im Gewerkschaftshaus geht am 15. März zu Ende; mit dem 21. März beginnt die zweite Serie und gelangen andre Gemälde und Skulpturen zur Ausstellung. Von der ersten Serie sind noch einige wenige Eintrittskarten zum 7. und 8. März im Eigarrengeheimnis von Horst, Engel-Allee 15 (Gewerkschaftshaus) zu haben; für die übrigen Tage ist ausverkauft. Bestellungen von Vereinen auf Eintrittskarten für die zweite Serie werden im Bureau des Gewerkschaftshaus entgegen genommen; der Einzelverkauf der Karten findet nur im Eigarrengeheimnis von Horst statt.

Herr Gustav Kirke, Lützenstr. 22, richtet eine Aufschrift an uns, in der er mitteilt, daß er mit dem kürzlich bei Nixdorf festgenommenen Vogelfänger dieses Namens nicht identisch ist.

Am 11. April beginnt im Kindergärtnerinnen-Seminar des Berliner Arbeitervereins, Johannisstr. 9, der neue Kursus, in welchem gebildete junge Mädchen und Frauen zu Kindergärtnerinnen für Familienkinder, Kindergärten, Kinderhorte usw. ausgebildet werden. — Das Unterrichtsgehalt beträgt für den Jahreskursus 120 M. — In der Kinderpflegerinnen-Schule des Vereins (Stallstraße 54), welche junge Mädchen, die die Volksschule verlassen haben, für Familienkinder auszubilden, beginnt der Kursus am 10. April. Das Unterrichtsgehalt beträgt monatlich 3 M. Die Stellenvermittlung für Kindergärtnerinnen geschieht durch das Vereinsbüro, SW., Johannisstr. 9, I., für Kinderpflegerinnen durch die Vorstandsdomine Frau Rossmann, SW., Lindenstr. 22 — Anmeldungen und Prospekte für beide Anstalten beim Vorstands des Berliner Arbeitervereins, Professor Dr. Pappenheim, S., Alexanderstr. 70, 1-2 Uge.

Öffentliche Hygienevorträge der Zentralkommission der Arbeitervereine. Das Thema für Donnerstag, den 7. d. M., lautet: „Hauspflege“, für Freitag, den 8. d. M.: „Mund- und Zahnpflege“. Der Vortrag vom Donnerstag findet statt in den Schulmieten Markstraße 49, Schönhauser Allee 188a, Gleisstraße 7, Stehplatz 27. Vortragende die Herren Doktoren Leopold Klenk, Edmund Sanfeld, Ernst Gebert, Heinz Ledermann. Der Vortrag vom Freitag findet statt in den Schulmieten Reibstr. 81/82, Panitzsch 8, Brangelstr. 128, Winterfeldstr. 16. Vortragende die Herren Doktoren Neumann, Michaelis, Wischnig, Böhm. Die Vorträge beginnen pünktlich 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Einen Demonstrationsvortrag über technische Fortschritte, der eine Vorführung des Telephonographen etc. in sich schließt, hält Herr Ingenieur Grempe heute abend 9 Uhr in den „Arminhallen“ in einer vom „Centralverband der Handlungsgehilfen“ angelegten Zusammenkunft. Gäste sind willkommen.

Herr Professor Dr. Förster, Direktor der hiesigen königlichen Sternwarte wird heute im Ortoal der Urania, Taubenschraße, einen Vortrag halten und zwar wird er über „Die Meteorwelt“ sprechen.

Aus den Nachbarorten.

Die Lokalfrage in Tempelhof, Mariendorf und Marienfelde und die Stellung der Arbeiterkassen zu derselben, so lautet das Thema einer am Sonntag, den 10. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Saale der Havelischen Brauerei stattfindenden Volksversammlung, worauf die Parteigenossen der genannten Orte schon heute hingewiesen werden.

Kammelsburg. In der am Sonntag bei Weigels stattfindenden Recitationsvorstellung ist eine goldene Krabattennadel verloren worden. Der Finder wird gebeten, dieselbe bei Ritter, Goethestr. 17, gegen Belohnung abzugeben.

Der Vertrauensmann.

Der Charlottenburger Magistrat hat eine neue Geschäfts-anweisung für die Armenkommissionen erlassen, die am 1. April in Kraft tritt. Nach derselben haben die Armenpfleger die bewilligten monatlichen Unterstufungen auszuführen; sie sind verpflichtet, regelmäßig einmal im Monat alle laufend unterstützten Personen ihres Reviers aufzusuchen und sich über ihre Verhältnisse zu unterrichten. Sie haben den Armen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und dahin zu streben, daß die Unterstufungen, wenn möglich, entbehrlich und die Unterstufungen, wo es angeht, erschein, wieder auf eigne Füße gestellt werden. In dieser Thätigkeit der Pfleger, nicht in der Zahlung der Unterstufungen, soll der Schwerpunkt der öffentlichen Armenpflege liegen. Abgeändert sind ferner u. a. die Bestimmungen über die Voraussetzung für das Eingreifen der Armenpflege, über die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, über die Zahlung laufender Unterstufungen usw. Zur Bewilligung, Ablehnung, Erhöhung, Herabsetzung oder Streichung von Unterstufungen ist regelmäßig ein Beschluß der Armenkommission erforderlich. In dringenden Fällen jedoch ist der Vorsteher befugt, einmalige Unterstufungen bis zum Betrage von 10 M. auch ohne Beschluß der Kommission selbständig zu bewilligen. Das gleiche gilt für die Erteilung von Scheinen zur Erlangung freier Entbindung und freier Verdienstmöglichkeit. Scheine zur Erlangung freier ärztlicher Behandlung und Arznei erteilt der Vorsteher, in dringenden Fällen kann sie jedes Mitglied einer Armenkommission ohne Beschluß der Kommission erteilen. Scheine zur Erlangung freier Feuerung erteilt der Vorsteher; er ist befugt, diese Scheine auch durch Armenpfleger verteilen zu lassen. Auch da, wo es eines Beschlusses der Kommission nicht bedarf, ist sorgfältig zu prüfen, ob Hilfsbedürftigkeit vorliegt und andere Verpflichtete nicht vorhanden sind. Liegt keiner der oben erwähnten Ausnahmefälle vor, kann die Beschlussefassung aber wegen der Dringlichkeit des Falls nicht bis zur nächsten ordentlichen Sitzung der Kommission verschoben werden, so genügt die Einholung der Zustimmung von noch zwei Mitgliedern der Kommission durch den Vorsteher. Ist auch sie nicht schnell genug zu erreichen, so genügt in solchen Ausnahmefällen, wo Gefahr im Verzuge wäre, der Antrag des Vorstehers allein an die Armenkommission; in Ausnahmefällen dieser Art kann auch der Vorsitzende der Armenkommission selbständig eingreifen. Die Auszahlung der laufenden monatlichen Unterstufungen soll, wenn möglich, in der Wohnung der Armen, nicht in der des Armenpflegers erfolgen, die Auszahlung von Unterstufungen aus Stiftungsmitteln hingegen erfolgt durch die Stadtkasse.

Die Errichtung eines neuen händischen Gymnasiums in Charlottenburg ist vom Kultusminister genehmigt worden. Die Anstalt soll, wie schon angekündigt wurde, nach dem humanistischen System, im Osten der Stadt errichtet werden.

In händischen Arbeitsnachweise zu Schöneberg war auch wieder im Monat Februar der Andrang von Arbeitssuchenden bedeutend größer, als offene Stellen bei Arbeitgeberern zu verzeichnen waren. Dem während sich die letzteren auf 126 belaufen, stellte sich die Zahl der Bewerber auf 221. Eingestellt davon wurden 98, geblieben 92 und für den folgenden Monat 25 übernommen. Verlangt wurden Aufwärterinnen, Gefinde und Fabrikarbeiterinnen, während die Arbeitssuchenden hauptsächlich aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestanden.

Aus Tempelhof wird berichtet: Nachdem es der Partei-Organisation über die Jahre hinweg möglich war, Versammlungen abzuhalten, ist uns die Gelegenheit hierzu jetzt auf einmal genommen worden. Der Gastwirt Gerth, Tempelhof, Dorfstr. 18, hat dem steten Drängen der Behörden nachgegeben und sein Lokal zurückgegeben. Konnte die Arbeiterkassen auch Volksversammlungen in diesem Lokal nicht abhalten und war der Raum auch nur beschränkt, so waren wir doch in der Lage, mit Hilfe des „Socialdemokratischen Wahlvereins“ unsere Angelegenheiten so gut es eben ging zu erledigen. Nun ist es endlich gelungen, und das Lokal abzutreten.

Die einige Parteigenossen in Erfahrung gebracht haben, ist der Hauptgrund darin zu suchen, daß der bisherige „Arbeiter-Bildungsverein“ den Namen „Socialdemokratischer Wahlverein für Mariendorf und Umgebung“ angenommen hat und das Lokal gerade neben dem Amtsbureau und dem Tempelhofer Dorfparlament liegt. Daher schießt sich die Polizei veranlaßt, jetzt über die Versammlungen Rapport zu erstatten und hält eine schärfere Konart für geboten. Herr Gerth wurde aufs Amtsbureau gerufen und — gab u. a. G. Nun, die Sache ging noch einmal, die Gefahr ist glücklich abgewendet und der Drang Socialismus aus der Gegend des Amtsbureaus vertreiben.

Wenn man aber glaubt, gegen die Arbeiterkassen einen Schlag geführt zu haben, so ist das ein großer Irrtum. Die Arbeiter werden schon Mittel und Wege finden, die Agitation für die gerechte Sache der Unterdrückten weiter zu führen.

Ein Stück Romantik der Obersee findet jetzt ein sehr nächteres Ende. Die Vigg „Maria“, das bei Grönau verankerte Wirtshausboot, das einer Vereinigung von Sportsleuten gehörte u. i. J. von Wolgast hierher geschleppt wurde, soll meistbietend versteigert werden.

Sociales.

Ueber die augenblickliche Lage in den Metall- und Maschinenbauwerken hat die Redaktion des „Arbeitermarkts“ (Dr. J. Jostrow) eine Umfrage bei Unternehmern und Arbeitern veranstaltet, um den gegenwärtigen Beschäftigungsgrad und die mutmaßlichen Aussichten durch Stichproben im einzelnen festzustellen. Die Vorklärung erstreckt sich auf ca. 200 000 Metallarbeiter, von denen 78 000 auf Westdeutschland, vornehmlich Rheinlands-Westfalen, 40 000 auf das Königreich Sachsen entfallen. An dem Rest sind Nord- und Mitteldeutschland mit 82 000, die Seestädte mit 22 000, endlich auch der Süden des Reichs mit 12 000 beteiligt.

Nach den einzelnen Mitteilungen scheint die Lage dieser Industrien im allgemeinen ziemlich trübe; in den meisten Fällen wird von Entlassungen berichtet, von vielfach stark verkürzter Arbeitszeit sowie auch von Lohnreduktionen. Aus den Berichten der Seestädte dagegen wird sehr guter „Geschäftsgang“ gemeldet, so daß zahlreiche Arbeiterstellen gemacht werden. Der Andrang von Arbeitslosen ist aber sehr groß, da aus dem Blauenlande starker Zugzug ist. Viele der Zugzüge, so heißt es in dem Bericht, versprechen sich goldene Berge, führen aber, wenn sie die Verhältnisse kennen gelernt haben, dem Orte (Wald) den Rücken. Dadurch ist entstanden, ob durch schlechte Löhne oder etwas anderes, wird nicht gesagt. Ueberhaupt kann man nicht sagen, daß diese Berichte, die mehr Stimmungsbilder wie exakte Angaben bieten, besonders Klarheit über die Lage der Industrie verbrachten. Das eine wird aufs neue bestätigt: daß die kapitalistische Produktionsweise planlos ist; verkürzte Arbeitszeit und Arbeiterentlassungen an der einen Stelle, starkes Ueberarbeiten an der anderen. Auf der einen Seite wissen die Arbeiter nicht, womit sie ihren und ihrer Familie Hunger stillen sollen, auf der anderen Seite müssen sie arbeiten, daß sie durch dauernde Ueberanstrengung krank und fleck werden.

Der Norddeutsche Lloyd hat in seiner letzten Ausschüttung-Sitzung beschlossen, 8 1/2 Proz. Kapitaldividende zu verteilen, so daß 8 800 000 M. an die Aktionäre zur Auszahlung gelangen; in dem vorigen Jahre wurden nur 7 1/2 Proz. verteilt. Die Betriebsüberschüsse betragen 27,4 Millionen Mark gegen 20,4 Mill. im Vorjahr. Davon werden 13,7 Mill. Mark zu Abschreibungen verwendet (davon entfallen 4,2 Mill. Mark auf die Brandschäden in Hoboken), während man sich im vorigen Jahre mit 7,8 Mill. Mark begnügte. Den verschleuderten Reservecapitalen werden 3,5 Mill. Mark zugeführt. Der Norddeutsche Lloyd erhält aus Reichsmitteln 5,5 Mill. Mark Unterstützung. Das Aktienkapital soll um 10 Mill. Mark erhöht werden und außerdem soll eine Anleihe von 20 Mill. Mark aufgenommen werden.

Schriften-Eingang.

Professor Günter. An der Schwelle des Jahrhunderts. München G. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. Preis 80 Pf.

Die zukünftige Stellung des Zeichenunterrichts in den höheren Lehranstalten. Hannover, Helwing'sche Buchhandlung. Preis 60 Pf.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht. Herausgegeben vom Vorstand des Vereins für Frauenrechte. Berlin 1900. Selbstverlag.

Jüdische Tageszeitung. Personensorlicher Redakteur G. J. Falowicz. Berlin, Schönhauser Allee 182a. Preis pro Nummer 20 Pf.

Happaport. Ch. La Philosophie sociale de Pierre Lawroff. Paris.

„Vogelfrei“. Ein Blick auf das erste Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts (Verlag von R. Voening in Brandenburg a. S.) von Rabbinder G. A. Hermann.

G. Freyhof's Reichstagswahl-Karte aller 5 Kurien von Oesterreich nebst statistischen Daten über die Wahlen in den Jahren 1873-1901. Von Professor A. v. Stumm. Verlag von Freitag u. Berndt, Wien. Preis 2 Kronen.

Die Lungenschwindsucht, ihre Verhütung, Behandlung und Heilung. In gemeinschaftlicher Weise dargestellt von Docent Dr. Alex. Ritter v. Weismayer, Direktor der Heilanstalt Aland. Wien und Leipzig. Wilhelm Braumüller, 1,40 M.

Begünstigung von Unfallschäden der Arbeiter. Praktische Anleitung von Dr. Dietrich, Professor in Prag. Wien und Leipzig. Wilhelm Braumüller, 5 M.

Die Proporzionalwahl in der Schweiz. Geschichte, Darstellung und Kritik. Von Dr. Emil Rühl. Bern 1901. Schmidt u. Franke.

Vertheidigung. Otto. Ritts Biographisches Lebenswerk, den Andenken und dem Volk erzählt. Leipzig 1900. Bei S. G. Th. Schöffer. 2 Bände.

Die Socialdemokratie im Heere. Reformen des deutschen Heeresdienstes, zur Abwehr des Socialismus. Jena, Hermann Götzenoble.

Die Deutsche Weltwirtschaft und der Weltmarkt. Handelspolitische Analysen. Herausgegeben vom Handelsvertragsverein. Heft 1. Berlin 1901. Julius Springer.

Weißheimer, Wendelin. Preh-Manipulation des Wagner-Syndikats gegen Weißheimers Verhältnisse mit Richard Wagner. Als Materialbeitrag zu den Verhandlungen des deutschen Reichstags über das Urheberrecht (Januar 1901) zusammengestellt. Berlin 1901. Kommissionsverlag: Expedition der Buchhandlung Borchardt.

Die zehn Gebote des Moses in moderner Beleuchtung. Von Georg Schneider, Prediger in Mannheim. Frankfurt a. M. Neuer Frankfurt Verlag.

Charlottenburger Statistik. Heft 9. Beiträge zur Schulstatistik. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg. Carl Ulrich u. Co.

Dix. Die Wohnungsfrage. Heft 6 der Vorkurschafflichen Bücher. Berlin. Carl Hermann Verlag. Preis 60 Pf.

Paul Hegler. Der Einheitspreis für Fahrten auf den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Groß-Väterchen-Dr. Verlag von Adolf Klein.

Lesarten und Zeitweisen. (La Société du Sacré Coeur.) Von Leopold Karl Gory in Bonn. Götting, Friedrich Andreas Verlags. 1901. Preis 40 Pf.

Studien zur vergleichenden Rassenkunde. Mit besonderer Berücksichtigung des Frauenlebens. Von Dr. Josef. Berlin. Siegfried Cronbach.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft. Von Dr. Klemm. Dortmund u. Co. in Berlin SW. 46. Preis 1,25 M.

Wahr Schatz für die Rechtspflege: rechtliche Betrachtungen über einige Prozesse aus der letzten Zeit. Von Dr. Ludwig Plaut, Rechtsanwalt in Berlin. Berlin. Dr. John Grottel, Verlag. Preis 1 M.

Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Halle. Resultate einer am 31. August und 2. September 1900 vom socialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis veranstalteten Erhebung. Bearbeitet von H. Siewert. Halle, Volksbuchhandlung (A. Groh). 80 Pf.

Vermishtes.

Vom Hochwasser. Der Rheinspiegel bei Köln zeigte gestern vormittag 11 Uhr 5,82 Meter, mithin seit gestern vormittag 11 Uhr nur 0,8 Meter Zunahme. Das Wasser der Mosel fällt langsam; dagegen wird vom Oberrhein ein weiteres Steigen des Wassers gemeldet. — Der Staatspegel zeigte gestern vormittag 10 Uhr einen Wasserstand des Rheins von 4,7 Meter. Wschaffenburg meldet 8 Uhr morgens 4,78 Meter; das Wasser fällt jetzt. — Aus Oupeln wird uns bepfichtet: Die Oder hat Eisgang. Der Wasserstand ist beträchtlich; weiteres Steigen ist voranzufehen.

Ueber einen vierfachen Mord wird aus Lübeck gemeldet: Der hier wohnhafte Arbeiter Wenzel Kuntze hat Dienstag früh drei seiner Kinder im Alter von 3 bis 15 Jahren durch Hammerschläge ermordet und seine Frau und ein viertes Kind zu ermorden versucht. Der Zustand der beiden letzteren ist hoffnungslos; der Würder wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. — Bis ein späteres Telegramm meldet, ist die Frau ihren Verletzungen erlegen. Der Würder litt schon seit 4 Jahren am Säulewahn.

Ein Stück Ränberromantik hat in Bayern sein Ende gefunden. Der Ränber Knecht ist gestern morgen in einem Hause im Wald bei Marbach von 23 Gendarmen nach heftiger Gegenwehr überwältigt und gefangen worden. Knecht ward schwer verwundet. Die Beamten hatten das Haus erklimmen müssen. Knecht hat zahlreiche Ränbereien verübt und es lange Zeit verstanden, sich der ihn verfolgenden Gendarmerie zu entziehen. Bei einem Zusammenstoß mit Gendarmen erschloß er einen Wachtmeister.

Daß Knecht monatelang sich vor den Verfolgungen bergen konnte, ist nur dadurch erklärlich, daß er bei der Bauernbevölkerung in hohem Ansehen stand und von ihr nach Kräften geschützt wurde.

Der große Speicherbrand in Hamburg, über den wir berichtet, wüthete Montagabend bis gegen 11 Uhr. Dann gelang es der Feuerwehr, ein weiteres Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Eine einfallende Giebelwand legte den großen Schuppen von Gruns u. Möllendorf in Brand. Bis Mitternacht waren 4 Jäger der Feuerwehr mit 20 Wasserrohren in Thätigkeit. Die übrigen Speicher sind teilweise angebrannt, aber gerettet. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Internationale Ballonfahrten. Morgen, Donnerstag, wird wiederum eine internationale Ballonfahrt zu wissenschaftlichen Zwecken stattfinden. Es werden bemannte und unbemannte Ballons aufsteigen in Paris, Berlin, Wien, Przemysl in Galizien, St. Petersburg und Moskau. Die Finder der unbemannten Ballons erhalten eine Belohnung in Geld, wenn sie sofort eine telegraphische Nachricht an die jedem Ballon beigegebene Adresse geben und sämtliche Fundstücke beigegeben.

Eine furchtbare Dynamitexplosion ereignete sich, wie ein Telegramm aus Jruu in Spanien meldet, auf dem dortigen Zollamt. Es wurden viele Menschen getödet und verwundet. Der Sachschaden ist bedeutend.

Unfall eines deutschen Dampfers. Aus Banglo! wird bepfichtet: Der Bremer Dampfer „Banglo“ fuhr bei der Einfahrt in den Menam auf ein unter Wasser liegendes Beck auf. Der Kesselraum der „Banglo“ ist voll Wasser.

Trostlos und dem Lande des Schenkens. Aus Schwerin schreibt man dem „Hann. Anz.“: Aus kirchlichen Kreisen wird beklagt, daß Mecklenburg einem Mangel an Kandidaten der Theologie entgegensteht. Die Zahl derer, die sich zum ersten Examen melden, ist schon jetzt sehr gering, und von den Gymnasien kommen immer weniger Theologie Studierende. Zu Michaels waren es nur zwei im ganzen Lande. Mitte der siebziger Jahre lagen die Verhältnisse ähnlich so, und in den achtziger Jahren waren viele Hilfsprebigerstellen unbesetzt. Dann aber kam noch einmal die Hochflut, die aber jetzt stark in Abnahme begriffen ist.

Briefkasten der Redaktion.

A. F. Fragen Sie direkt im Geschäft von G. nach.

A. 29. Wir sind über die Privatverhältnisse des Manns nicht unterrichtet.

A. M. Die Friedensstärke des deutschen Heeres beträgt 557 093 Mann.

A. J. 1. Bewegungen werden kann die Behörde leider nicht. 2. Solcher Schluss ist möglich. — Th. 3. 1. Sie werden zur Zahlung der ganzen Summe verpflichtet sein. 2. Ist die Veranlagung zu hoch, ist also mehr als 1248 Mark zur Steuer herangezogen, so können Sie innerhalb der Zeit der Einzahlung herangezogenen Frist bei der gleichfalls in der Einzahlung bezeichneten Behörde reklamieren. Ist die Frist abgelaufen, so geht nicht mehr zu machen. — A. P. 15. Mit vollendetem einundzwanzigsten Lebensjahre wird man volljährig, mit demselben Zeitpunkt hört die Vormundschaft auf. — A. W. 100. Nein.

A. 100. Sie sind an den Vortrag bis zum 1. Oktober gebunden. — A. 2. 10. Eine Klage wäre aussichtslos. — A. 2. 20. Es scheint, daß Sie gegen die Eidesleistung und Zahlung nichts mehr machen können. Sprechen Sie mit dem Urteil in der juristischen Sprechstunde vor; vielleicht läßt sich das Verfahren deshalb wieder aufnehmen, falls Sie in dem Prozeß nicht vertreten waren. — Julius 12. 1, 2, 4. Die Interventionenklage ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk gepflanzt ist, anzustellen. Zweckmäßig ist es, mit der Klage einen Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung zu verbinden. Handelt es sich um ein Objekt bis 100 Mark, so ist ein Rechtsanwalt zur Begünstigung nicht erforderlich. Es ist zweckmäßig, außer dem Obervertrag eine eidesstattliche Versicherung darüber beizulegen, daß die gepflanzten Sachen mit dem im Vertrag aufgeführten identisch sind. Ein Beispiel für eine Interventionenklage und einen Einsetzungsantrag finden Sie auf Seite 432, 1063 und 64 des „Arbeiterrechts“. Dasselbe liegt in der Bibliothek Alexanderstr. 26 aus.

A. Die Kosten trägt nicht die Höhe des Objekts. Die Kosten hat der Unterklagende zu tragen. Aber es empfiehlt sich, vor der Klageanstellung den Gegner unter Glaubhaftmachung des Antrags zur Freigabe anzufragen, weil sonst, wenn er den Anspruch hernach anerkennt, der Klagerin sämtliche Kosten auferlegt werden können. — A. 9. 100. Nein.

Ctio Schreyer. 1. Nein. 2. Eine Frist ist nicht vorgeschrieben; man könnte nur Bewerbe im Aufstichwege erheben. — A. 2. 100. 1. Das Gericht des Wohnorts Ihres früheren Gewermeist ist zuständig. 2. Bis zur erreichten Volljährigkeit. 3. Nein, Sie müßten von neuem das Armenrecht erlangen. 4. Nein. 5. Sie müßten für die einzelnen Fälle Eingreifen des Vormundschaftsgerichts beantragen. Die ausführlichen Darlegungen finden Sie S. 30 Nr. 7 des dem Arbeiterrecht angehängten Jahrbuch. Lesen Sie diese Ausführungen in der Bibliothek Alexandrinen-Str. 26 nach oder sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor.

A. S. S. S. S. S. Die Prüfungsergebnisse der Geborenen gelten in unruhm einigen Teutland nicht für das ganze Deutsche Reich, sondern nur für den Paritularstaat, dessen Behörde das Zeugnis ausgehört hat. Ihre Frau würde gut thun, unter Ueberreichung ihres amtlichen Zeugnisses bei dem Berliner Polizeipräsidenten die Zulassung für Preußen zu beantragen. Es kann eine erneute Prüfung verlangt werden. — C. 2. 1901. Nein. — A. 3. 700. Ein Anrecht hebt dem Verstorbenen nach seiner Schenkung nicht zu. — 2. 100. Die Auflösung einer Fabrik-Krankenkasse erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde (Regierungspräsident). Wann und in welcher Art diese auszusprechen ist, finden Sie im § 68 des Krankenversicherungsgesetzes und in Nr. 49 bis 52 der preussischen Ausführungsverordnung vom 10. Juli 1892. — C. 75. Nein.

C. 150. Eine ausgefallene Forderung verjährt in 30 Jahren, gerechnet von der letzten Zwangsvollstreckungsanforderung ab. — A. 2. 5. Sie müßten zunächst bei dem Schiedsmann einen Vergleich beantragen. Fällt die Schlichtung fruchtlos aus, muß die Beilegungsklage spätestens innerhalb 3 Monaten nach erlangter Kenntnis der Beilegung zu Protokoll des Gerichtsleiters des Amtsgerichts erklärt oder schriftlich bei dem Amtsgericht eingegangen sein. Sonst ist die Antragsfrist verjährt, falls nicht schon innerhalb dieser Zeit einreichender Antrag bei Gericht, der Staatsanwaltschaft oder einer Polizeibehörde gestellt ist. Wird die Beilegungsklage schriftlich erhoben, so ist sie in drei Exemplaren einzulegen. Sie muß neben Darlegung der Beilegungsworte oder Handlungen eine Beglaubigung auf die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuchs (sowie die Beweismittel und einen Strafzettel enthalten und angeben, daß die Verhandlung vor dem Schiedsgericht stattfinden soll. Ein Beispiel für eine solche Klage und einen Antrag auf Vornahme des Schiedstermins finden Sie auf S. 440 des Arbeiterrechts.